DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 30 ab Samstag, 12. Dezember 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Crowdfunding« bitte an K.D.W. e.V. IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Dies ist die 30. Ausgabe der auflagenstärksten Wochenzeitung (Text) in Deutschland 2020!

ALLES UNTER KONTROLLE

Das Bundesverfassungsgericht sieht in friedlichen Demonstrationen eine Gefahr für die innere Sicherheit. Berufsverbote werden über ganze Bevölkerungsschichten verhängt. Auf Demokraten, die auf den fortschrittlichen Errungenschaften des Grundgesetzes beharren, wird der Inlandsgeheimdienst losgelassen. Die Regierung sagt der Aufklärung adé. *Von Samuel Gfrörer*

Wer den Einsatz von Polizeigewalt und Wasserwerfern oder das Verbot von Demonstrationen akzeptabel findet, folgt einem autoritären Denkmuster, wie es für absolutistische Staatstheorien typisch ist. Dort wird die Vormachtstellung des Staates nicht demokratisch legitimiert, sondern über fiktive Erzählungen.

Jean Bodin begründet 1576 die totale Macht des Herrschers mit einer »religiösen« Argumentation: Die Macht wird dem Monarchen von Gott verliehen. Wer sich gegen den König stellt, versündigt sich gegen Gott. In der Zeit der Aufklärung schwindet die Macht der religiösen Erzählung. Es müssen neue Geschichten her.

Thomas Hobbes zeichnet 1651 den Zustand der Staatenlosigkeit als Schreckensszenario. Im Naturzustand herrschen totale Verunsicherung und die Abwesenheit von Rechtssicherheit. Krieg aller gegen alle. Um diesem Zustand zu entgehen, soll das Volk freiwillig in den »Gesellschaftsvertrag« einwilligen und sich dem absolutistischen Herrscher unterordnen. Dabei verzichten die Menschen auf ihre individuelle Freiheit zugunsten des Monarchen (Souverän).

Zur Erinnerung: In der Demokratie geht die Macht vom Volke aus. Wir sind der Souverän. In einer repräsentativen Demokratie wird die Macht »zeitlich begrenzt« an Stellvertreter übertragen. Die Regierung erhält ihre Legitimation nicht aufgrund fiktiver Erzählungen, sondern Machtbefugnisse staatlicher Akteure bestehen genau in dem Maße, wie diese die ihnen verliehene Macht zum Wohl des Volkes einsetzen.

Die Erzählung von der weltweiten Virus-Pandemie markiert einen Rückfall in autoritäre Denkmuster absolutistischer Herrschaft.

Fortsetzung auf Seite 7

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat Machtbefugnisse, die kein echter Demokrat je angenommen hätte.

Montage DW/Sodenkamp/Feuerstacke

ALLES NUR ZUR SICHERHEIT? DAS SEHEN DIE FRANZOSEN ABER ANDERS!

Ein Blick auf den Widerstand in Frankreich *von Casey Koneth*

Wenn Regierungen das Wort »Sicherheit« in den Mund nehmen, um neue Gesetze zu beschließen, sollten bei jedem die Alarmglocken schrillen. Denn Gesetze zum »Schutze der Bevölkerung« sind oftmals ein Wolf im Schafspelz und führen auf schleichendem Wege in einen Polizei- und Überwachungsstaat, der die BürgerInnen nicht schützt, sondern ihrer Rechte beraubt.

Dafür benutzen die Regierungen gern einzelne »Gefährder«, um eine Drohkulisse aufzubauen und ihr Vorhaben vermeintlich zu legitimieren. Zum Beispiel Terroristen.

Weiter auf Seite 9

31 DEC UNITED WE STAND AGAINST FAKE PANDEMIC DICTATORS • 31/12 UNIS POUR LA VRAIE DÉMOCRATIE CONTRE LE RÉGIME «CORONA» • 31.12. DEMONSTRATION EUROPAWEIT

NICHTOHNEUNS.DE

UNERMÜDLICHE BASISDEMOKRATEN

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an André und Mona, stellvertretend für die vielen Hundert Demo-OrganisatorInnen.***
Von Batseba N'Diaye



Am 28. März 2020 fand die erste Demonstration für die Grundrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz statt. Umgehend bildeten sich dezentral authentische und lebendige demokratische Versammlungen in der gesamten Republik.

Seitdem demonstrieren Zehntausende Menschen jeden Samstag auf den Marktplätzen ihrer Städte, klären auf und lassen sich auch von verleumderischen Anfeindungen nicht abbringen. Das erfordert Mut, Durchhaltewillen und ein demokratisches Verständnis von Rede und Widerrede.

Der Demokratiebewegung ging es nie um große Führungspersonen, sondern um eine basisdemokratische Aushandlung darüber, wie wir Menschen zusammenleben möchten. Wo wir uns aus guten Gründen einschränken wollen und wo nicht. Wie wir arbeiten, wirtschaften und feiern, das machen wir friedlich und demokratisch untereinander aus. Die Vielgestaltigkeit macht es auch unmöglich, uns aus der Welt zu bekommen. Der Widerstand gegen das Corona-Regime kann nicht durch Verfolgung Einzelner aus der Welt gebracht werden, ebensowenig durch Geheimdienstoperationen und mediale Lügen.

Um diese Vielgestaltigkeit und die unermüdlichen Demokraten zu ehren, wird stellvertretend für die vielen Organisatoren, der Preis der Republik feierlich an André und Mona aus Dortmund verliehen, welche am 18. April 2020 begannen, top-hygienisch Grundgesetze zu verteilen – und bis heute nicht aufgehört haben, mit Humor gegen obrigkeitsstaatliche Schikanen zu streiten.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an André und Mona für ihren dauerhaften demokratischen Einsatz verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Freundschaftsverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Luise Creffield.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 30. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

* Spenden mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an K.D.W. e.V., IBAN IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

WAS WÄRE GEWESEN, WENN…

EINWURF *von Werner Köhne*

Mitte der 1960er Jahre schuf Peter Fleischmann den Dokumentarfilm »Herbst der Gammler«. Von heute aus betrachtet ein beredtes Dokument aus der bundesdeutschen Mentalitätsgeschichte.

In München gedreht, zeigt der Film den heftigen Clash zwischen jungen Leuten und normalen Bürgern. Letztere zeigen sich mit Schaum vor dem Mund einig darin, dass diese Gammler – eigentlich friedvolle Erdenbewohner – nicht mehr zur menschlichen Rasse zu zählen seien. Wer in die in Schwarz-Weiß aufgenommenen Gesichter der kleinbürgerlichen Wüteriche sieht, vermag sich ein Bild zu machen von dem, was Faschismus und Rassismus bedeuten und anrichten können. Damals war nahezu die Hälfte der deutschen Gesellschaft noch bis in die Eingeweide hinein (Beispiel: »Rübe ab dem langhaarigen Abschaum…«) faschistisch und rassistisch geprägt. Heute sind es, glaubt man den meisten Umfragen, noch etwa 15 bis 20 Prozent. Bis auf die damalige Studentenbewegung gab es kaum Widerstand gegen die vielen Millionen Nazis im Geiste, während heute von berufener Seite das »Wehret den Anfängen« vor allem feindselig an die gerichtet ist, die mit Faschismus gar nichts zu tun haben, jedoch in Fragen der zu praktizierenden Demokratie anderer Meinung sind als die herrschaftlich Berufenen.

Mich zwingt dieses Geisterspiel aus dem Kraftwerk deutscher Gefühle zu zwei zugegeben etwas naiven Betrachtungen: Ich habe mir schon als Schüler und Simplex die Frage gestellt, wie sich wohl Menschen, einschließlich ich selbst, in den Jahren von 1933 bis 1945 verhalten hätten. Bei der Mehrheit derer indes, die heute gegen die Nazis in die letzte Schlacht ziehen, bin ich mir nicht sicher, wie sie sich damals verhalten hätten. Aber Schluss mit derlei luziden Planspielen! Gleichwohl wäre es reizvoll, sich vorzustellen, man dürfte etwa zwei Stunden alleine mit Herrn Spahn oder Herrn Drosten in einem Raum verbringen und über derlei Gedanken diskutieren: Zu Bedingungen einer idealen, herrschaftsfreien Kommunikation. Soweit wird es natürlich nicht kommen. Weshalb bis auf Weiteres folgende Dialektik gilt:

Die herrschenden Begriffe sind und bleiben die Begriffe der Herrschenden. Die Gedanken der Herrschenden sind durchweg Hintergedanken. Die Auszehrung der Moral geschieht durch deren Selektion.



Mitte Dezember 2020: »Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint im neu gegründeten Sodenkamp & Lenz Verlagshaus. 216 Seiten, 27,50 Euro. Mit einem Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de. Auslieferung vor dem 24.12.20, solange erste Druckmarge reicht.

CORONA-IMPFUNG? NEIN DANKE!

Zu der übereilten Impfstoffproduktion für Corona gibt es erheblichen wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Widerspruch. Warum sprechen sich noch nicht mehr Mediziner dagegen aus?
Von Sophia-Maria Antonulas

Laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts *Kantar* ist in den führenden Volkswirtschaften nur eine Minderheit der Bevölkerung »definitiv« bereit, sich mit einem Impfstoff gegen das Coronavirus impfen zu lassen. Doch wie denkt eigentlich das Krankenhauspersonal darüber?

»Um Gottes Willen, dann verliere ich eben meinen Job«, antwortet die Fachärztin Maria K. auf die Frage, ob sie sich gegen Corona impfen lässt. Die Internistin arbeitet an einer Klinik in Nordrhein-Westfalen und hält Impfen in ihrem Beruf generell für sinnvoll. »Aber nicht jetzt, vielleicht in fünf bis zehn Jahren, wenn der neuartige Impfstoff gegen Covid-19 ausreichend getestet ist. Mein Immunsystem wird mit Corona fertig. Wir wissen doch nicht, welche Nebenwirkungen der neue Impfstoff hat – das ist unverantwortlich.« Auch unter ihren Kolleginnen und Kollegen gäbe es viele kritische Stimmen und alle seien gespannt darauf, wie die Klinikleitung mit dem Thema umgehen wird.

ANGST UM DEN JOB

In den Krankenhäusern der Gemeinde Wien jedenfalls muss sich das Personal in Listen eintragen und angeben, ob es sich gegen Corona impfen lassen möchte oder nicht. Impfstoffe werden nur für diejenigen ÄrztInnen und PflegerInnen bestellt, die Impfbereitschaft gezeigt haben. Aber das heißt noch nicht, dass sie dadurch verpflichtet wären, sich die Spritze auch tatsächlich verabreichen zu lassen. Im österreichischen Bundesland Salzburg dagegen wird in den landeseigenen Kliniken und Pflegeheimen eine Immunisierung gegen Covid-19 für neue MitarbeiterInnen vorgeschrieben sein, sobald der Impfstoff zugelassen ist.

»Es gibt doch schon jetzt zu wenige Fachpflegekräfte«, zweifelt die Intensivkrankenschwester Anna K. daran, dass die umstrittene Corona-Impfung beim Klinikpersonal durchsetzbar ist. Die Berlinerin hält es ebenfalls für äußerst verantwortungslos, einen Impfstoff ohne Langzeitstudien zu verabreichen. Sie selbst erkrankte direkt nach einer Grippeschutzimpfung so schwer an Influenza, dass ihre Bauchspeicheldrüse langfristig geschädigt wurde. Und falls man sie zwingen wolle, hat sie eine klare Antwort: »Dann gehe ich eben Lokusse putzen.«

Viele Krankenhäuser leihen Personal, anstatt mehr Mitarbeiter fest anzustellen. Für so eine *Leasing*-Agentur arbeitet Sabine T.: »Als Pflegeassistentin muss ich fast die gleiche Arbeit machen wie die diplomierten PflegerInnen, die wesentlich mehr verdienen. Auch bei meinen Einsätzen wollten mich die Betriebsärzte überreden, dass ich mich gegen Grippe impfen lasse«, erzählt Sabine T. »Und als ich mich in der Charité weigerte, drohte man mir auch mit dem Pflegedirektor.« Aber letztendlich sei ihr nichts passiert, weil laut ihrem Dienstvertrag keine Impfungen vorgeschrieben sind. Sabine T. gibt sich optimistisch, dass ganz Europa, wenn nicht sogar die ganze Welt, sich gegen die Corona-Impfung stellt und das Thema sich damit erledigt.

Die Namen aller Gesprächspartnerinnen wurden von der Redaktion anonymisiert.



MELDUNG

ES GEHT NICHT UM GESUNDHEIT

Wien/DW. Der Infektiologe und Mitglied des nationalen Impfgremiums in Österreich, Herwig Kollaritsch, verlautbarte in der ablaufenden Woche in Wien, dass der Corona-Impfstoff nicht durch Hausärzte verabreicht werden dürfe, sondern nur in hochgesicherten Impfzentren. »Sonst kommt der Impfstoff völlig unkontrolliert in die Bevölkerung, und das wollen wir vermeiden«, so Kollaritsch. Er erklärte außerdem, dass die Nebenwirkungen des Impfstoffes so im laufenden Prozess erforscht werden könnten. Er betonte weiter, dass die Impfung nicht vor einer Ansteckung schütze: »Es geht darum, einzelne Personen vor der Erkrankung zu schützen, nicht vor der Infektion. Wir gehen aktuell davon aus, dass ein Geimpfter in der Lage ist, die Erkrankung zu übertragen.« (hes)



Foto: Hannes Henkelmann

MELDUNG

BEI EPIDEMIE WÜRDEN KEINE KRANKENHÄUSER GESCHLOSSEN WERDEN

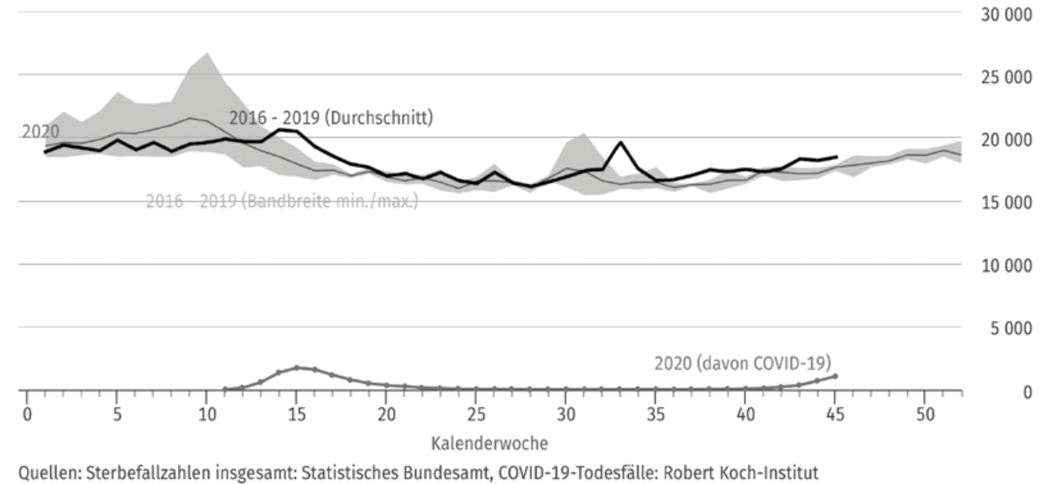
Berlin/DW. Laut Angaben der Initiative Gemeingut in BürgerInnenhand, die sich gegen Privatisierung und für demokratische Mitbestimmung engagiert, wurden in diesem Jahr 13 Krankenhäuser geschlossen und für weitere 19 Kliniken ein entsprechender Beschluss gefasst. Dabei gehe es um mindestens 3.400 Betten und 6.000 Beschäftigte. Noch vor einigen Wochen behauptete Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, dass die stationäre Versorgung durch die »Epidemie« kurz vor der Überlastung stehe. Vor dem Auftauchen von Corona hatten die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und die neoliberale Bertelsmannstiftung die Schließung von 1.300 Krankenhäuser gefordert. (bnd/hes)

Da die großen Plattformen wie Youtube, Facebook und Google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu

Diese ***»Banken«*** *schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten:*





WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

UND TÄGLICH G

REGIERUNG RÜSTET WEITER AUF

Bundeswehreinsätze im Inneren waren einst ein Tabu. Unter Beifall sind sie heute an der Tagesordnung. Auch das Waffenarsenal der Polizei wird immer martialischer. KOMMENTAR *von Ullrich Mies*

Die Faschisierung Deutschlands und Europas schreitet mit Siebenmeilen-Stiefeln voran. Wir befinden uns in einem 3. Weltkrieg, der nach innen mit allen Mitteln der psychischen und materiellen Repression betrieben wird. Nach außen rüsten die Herrschaftszentren gegen den re-installierten Feind Russland und die chinesische Gefahr massiv auf. Die Vorbereitungen auf einen möglichen Bürgerkrieg als Ergebnis des produzierten Chaos werden systematisch vorangetrieben.

Die im Ausnahmezustand regierenden Grundgesetz-Putschisten der Merkel-Diktatur sowie deren Politsatrapen in den Ländern begnügen sich nicht nur mit massiven Lügen zum Corona-Regime. Sie terrorisieren die Bevölkerung mit zur Diagnose ungeeigneten PCR-Tests. Sie ruinieren planvoll Klein- und Mittelstand, zerstören die Innenstädte und das soziale und kulturelle Leben nach Kräften — alles aus der riesigen Sorge um die »Volks«-Gesundheit. Wie lächerlich ist denn diese Sorge nach all den gigantischen Verbrechen dieser Polit-Kaste?

Parallel zum Corona-Irrsinn schreitet die Verschmelzung von Polizei und Militär ungehindert voran. Und so stellte der bayrische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) am 30.11.2020 in Nürnberg zwei neue gepanzerte Spezialfahrzeuge vor, die fortan zum Fuhrpark der bayrischen Polizei gehören. Die vorgeschobene Begründung ließ nicht auf sich warten: »Mithilfe der Spezialfahrzeuge könnte man beispielsweise Personen aus Gefahrensituationen retten«, so Hermann.

Die beiden, für den »Offensiveinsatz« konzipierten Fahrzeuge »Enok 6.2« wurden von der Firma »Armored Car Systems« im Landkreis Aichach-Friedberg entwickelt. »Dank der wirksamen Panzerung sind unsere Spezialeinheiten bestmöglich geschützt, vor allem bei Terror- oder Amoklagen«, erklärte Herrmann, Fachmann für alle Demokratiefragen, weiter.

Diejenigen, die gegen das Merkel-Bill-&-Melinda-Gates-WHO-*Big-Money*-Pharma-Digital-und-Wissenschafts-Kartell demonstrieren und gegen Zwangsimpfungen aufbegehren, sind längst als »Amokläufer und Terroristen« identifiziert. Die eigentlichen Amokläufer sind jedoch die schwerstkriminellen Mitglieder dieses Kartells.

»Die Erfahrungen mit Terroranschlägen in Europa und anderswo zeigen auf erschreckende Weise, dass Terroristen schwer bewaffnet schlimmen Schaden anrichten können«, so Herrmann. Da hat der Mann sogar Recht. Vor allem, wenn sogenannte Sicherheitsbehörden im Verbund mit Geheimdiensten in solche Gefahrenlagen und deren Vorbereitung — wie vielfach bewiesen — involviert sind. Auch wenn den Sicherheitsbehörden nach Herrmanns Worten derzeit keine konkreten »Anschlagsgefahren« bekannt sind, so kann sich das sehr schnell ändern.

Die neuen Wunderwaffen gegen Demokraten jeder Couleur sind in München und Nürnberg stationiert und werden alle Gefahrenlagen für die Helfershelfer der totalitären *New World Order* zumindest in Bayern abdecken.

Und schon fragt sich die zunehmende Zahl der auf gepackten Koffern sitzenden Deutschen, ob sie aus diesem krank-regierten Land noch schnell genug entfliehen können, bevor die psychopathologischen Polit-Technokraten sie vom hochmodernen Drehturm des »Offensivfahrzeugs Enok 6.2« wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt ins Visier nehmen. »Auf der Flucht erschossen«, hieß das auch schon mal.

REGIME LIEST MIT

Der Inlandsgeheimdienst der Bundesrepublik mit dem schönen, aber irreführenden Namen »Verfassungsschutz« wird nun auch offiziell gegen die Demokratiebewegung eingesetzt. Bereits zuvor waren Polizisten in fast jedem Telegram-Chat der regierungskritischen Demokraten eingesetzt, die mitlesen, frenetisch notieren und berichten. Für die Beamten, die hier mitlesen: Der Demokratische Widerstand steht seit jeher und auch jetzt ein für:

- die ersten 20 Artikel unserer Verfassung!
- die Würde der Alten & der Kranken!
- die Beendigung des obrigkeitsstaatlichen Terrors!
- die Beendigung des Notstands-Regimes!
- Wahlen & umfassende Transparenz!
- demokratische Regeln für unser künftiges Wirtschaftssystem!

Den Abschied von den Errungenschaften der liberalen Republik machen wir Demokraten einfach nicht mit. Wir stehen hier mit dem Grundgesetz. Auf welche Texte berufen Sie sich?

DENUNZIATION, VERLE

Die großen Medienbetriebe und das Regierungskartell haben … brutal durchgesetzt wird. Dabei handelt es sich durchaus um … verunsichern und ruhig zu stellen. EINORDNUNG *von Pieter St*

Harry G. Frankfurt, Professor für Philosophie an der Princeton University, schrieb 1986 einen Aufsatz über den Begriff »*Bullshit*«. Dieser wurde in akademischen Kreisen ein Riesenerfolg und im Jahr 2005 als handliches Büchlein veröffentlicht, das satte 27 Wochen in der Bestsellerliste der *New York Times* stand. Um feststellen zu können, was bullshit wirklich ist, untersucht Frankfurt, wie sich bullshit von Lügen unterscheidet. Obwohl er sagt, dass sowohl mit Lügen als auch mit *Bullshit* Zuhörer oder Leser absichtlich in die Irre geführt werden sollen, hat der *Bullshitter* andere Motive und benutzt andere Methoden als der Lügner.

Der wesentliche Unterschied zwischen Lügner und *Bullshitter* ist, dass ein Lügner lügt, um eine Wahrheit zu vertuschen, indem er absichtlich falsche Informationen verbreitet. Der Lügner kennt also die Wahrheit. *Bullshit* hingegen hat keinerlei Verbindung zur Wahrheit. Der *Bullshitter* lässt sich durch Wahrheit auch nicht beschränken. Ein *Bullshitter* hat das Ziel, sich selbst besser oder andere schlecht dastehen zu lassen oder gar zu diskreditieren. Im Gegensatz zur Lüge geht es beim *Bullshit* nicht um Inhalte, sondern um deren Wirkung. *Bullshit* saugt sich der Verbreiter völlig aus den sprichwörtlichen Fingern und setzt ihn ein, wie es ihm am Besten passt.

Eine Lüge kann durch die Wahrheit widerlegt werden. Da die Behauptungen des *Bullshitters* jedoch keine einzige Verbindung zur Wahrheit haben, ist das Widerlegen von *Bullshit* weit schwieriger. Laut Frankfurt ist *Bullshit* deswegen ein größerer Feind der Wahrheit ist als die Lüge.

Nach Frankfurt kann man bullshit auch am Verhalten und nicht nur an Behauptungen und Äußerungen erkennen. *Bullshit* drückt sich zum Beispiel in gewissen Ritualen, Handlungen und Gewohnheiten aus, die in keinerlei Hinsicht zu den behaupteten Absichten beitragen. Als Beispiel nennt er die Armee: Das endlose Aufpolieren von Sachen, die schon längst glänzen, oder das endlose »Gewehr bei Fuß stehen«. Sie tragen zum Ziel der Armee und der Verteidigung eines Landes nichts bei. Es ist *Bullshit*-Benehmen auf der Grundlage von *Bullshit*-Befehlen. Als Frankfurt seinen Aufsatz schrieb, konnte er nicht ahnen, dass wir in eine Situation geraten würden, in der wir uns jetzt befinden. Aktuell ist *Bullshit* beinahe zur Normalität geworden — in Medien, Politik und herrschaftsaffinen NGOs. Eine der aktuell am weitesten verbreiteten Manifestationen von bullshit ist der Begriff »Verschwörungstheoretiker«. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird er benutzt – ohne auch nur den Inhalt des Begriffes zu berücksichtigen – als Verallgemeinerung und abfälliger Begriff für jeden, dessen Auffassung vom Regierungsnarrativ, egal wie weit auch immer, abweicht.



GRÜßT DIE LÜGE

EUMDUNG, VERFOLGUNG, BULLSHIT

sich von Wissenschaftlichkeit und dem Begriff Wahrheit verabschiedet. Was bleibt ist Unsinn, der Strategien, die seit Jahrzehnten eingesetzt werden, um die Bevölkerung mit Fehlinformationen zu

urman

Behauptungen, Verschwörungstheoretiker seien aggressiv und sprunghaft, sie hätten ein ausgeprägtes Ego, Gefühle von Missachtung, verbissenen Stolz, sind die Hirngespinste von Amateurpsychologen. Sie zeugen weder von relevanten Kenntnissen der wahren Absichten und Charakterzüge der Denunzierten, noch von deren psychischer Verfassung. Wer mit solchen Zuschreibungen um sich wirft, hat noch nicht einmal die Absicht, die wahren Intentionen der Menschen zu kennen, die er »Verschwörungstheoretiker« nennt. Er versucht, eine ganze Gruppe von Menschen zu diskreditieren, und bedient sich erfundener Unterstellungen. Die Denunzianten und Ehrabschneider greifen sich aus großen Gruppen, beispielsweise der Querdenkerbewegung, die aus hunderttausenen Menschen besteht, das Fehlverhalten einiger »Durchgeknallter« heraus, um dann die gesamte Bewegung zur Geisel des selbst fabrizierten »Schwachsinns« zu nehmen, zu Antisemiten, zu Friedensfeinden, was auch immer, zu erklären. Insgesamt unterstellen sie der Bewegung unlautere Motive. Die Wahrheit steht nicht zur Debatte. Darum ist es bullshit. Es ist bemerkenswert, dass Regierungen, »Qualitätszeitungen« und angeschlossene NGOs überhaupt kein Problem damit haben, als Kanäle für *Bullshit* zu fungieren. Denn *Bullshit* bleibt *Bullshit* – ganz egal, wer ihn verfasst hat.

Dass *Bullshit* derzeit auch im Verhalten wahrnehmbar ist, können wir an den Maßnahmen sehen, die wahllos und willkürlich, national, regional und kommunal, über die Bevölkerung verhängt werden. Die 1,5-meter-Maßnahme, die *Lockdowns* und die Maskenpflicht: Keine Maßnahme beruht auf Wahrheit. Keine Maßnahme trägt etwas zu den behaupteten Zielen bei. Es gibt keine einzige wissenschaftliche Studie, die zeigt, dass sie effektiv sind. Dennoch wird Gehorsamkeit gefordert. Es ist *Bullshit*-Verhalten auf der Grundlage von *Bullshit*-Argumenten.

Der Beitrag basiert auf dem Originaltext von Pieter Stuurman: »Gezond Verstand«, Nr. 4, 2020: gezondverstand.eu.

Übersetzt aus dem Niederländischen von Margreet Booij, gekürzt und für das deutsche Lesepublikum bearbeitet von Ullrich Mies.



DIE BASIS WILL IN PARLAMENTE

Der Politiker David Siber wurde wegen Regierungskritik aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen gemobbt. Wir berichteten in N°25 vom 31.10.2020. Nun ist er der Partei Die Basis beigetreten.

DW: Herr Siber, zuletzt sprachen wir mit Ihnen über den Niedergang der Partei Bündnis90/Die Grünen. Nun soll es die Partei »Die Basis« geben. An wen richten Sie sich?

Siber: Im Schatten der Corona-Pandemie hat sich eine Demokratiekrise manifestiert. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, haben einige mutige Menschen eine neue Partei gegründet: Die Basis. Wir haben eine gemeinsame Vision: Die Entkopplung der Parteienlandschaft von den Bürger*innen dieses Landes zu heilen, aufbauend auf den Werten unserer vier Säulen: Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz. Ich bin stolz darauf, nun selbst ein Teil der Basis zu sein.

Was sind Ihre programmatischen Ziele?

Wenn Sie so fragen: Keine. Der elementarste Bestandteil von Basisdemokratie besteht darin, gemeinsam Inhalte und Lösungen zu erarbeiten. Wir nutzen in diesem Prozess die Intelligenz, Kreativität, Moral, Ideen und Beteiligung aller Mitglieder. Moderne Politik – new politics – orientiert sich am aktuellen Bedarf politischer Inhalte und ist daher themenbezogen und befreit von ideologischen Zwängen. Selbstverständlich gibt es in der Partei bereits gemeinsame Standpunkte, beispielsweise die Ablehnung von Zwang in Gesundheitsfragen oder von Unterdrückung unerwünschter Stimmen im öffentlichen Debattenraum. Das Finden von spezifischen Programmpunkten findet dauerhaft im Austausch aller Mitglieder statt, dabei gibt es keine Hierarchie: Schwarmintelligenz!

Wie wollen Sie dies technisch und administrativ umsetzen?

Wir bieten dazu leicht zugängliche Onlinetools an. Das Portfolio wird ständig erweitert und überarbeitet, die Sicherheit hat dabei einen sehr hohen Stellenwert. Wir können hier auf umfassendes Know-how zurückgreifen, haben wir doch auch einige Alt-Piraten an Bord. Beispielsweise haben wir Arbeitsgruppen auf Bundesebene zu bestimmten Themenschwerpunkten, diese sind für jedes Mitglied zugänglich. Darüber hinaus hat jedes Mitglied die Möglichkeit, eigene Inhalte auf die Agenda zu bringen.

Die Rede ist in dem Zusammenhang vom imperativen Mandat. Wie wollen Sie es parteiintern einführen und dann auch für die anderen Fraktionen in den Parlamenten in Verfassungsrang erheben?

Wir haben uns parteiintern verbindlich darauf verständigt, unser Abstimmverhalten dauerhaft und bindend an eine vorherige technische Abfrage unter allen Wahlberechtigten zu koppeln. Wir wollen so, Woche für Woche und Tag für Tag, den Menschen in Deutschland die Möglichkeit geben, Politik aktiv mitzugestalten, ihre politischen Äußerungen bindend und visuell wahrnehmbar umzusetzen. Die Basis versteht sich hier als vollkommen neue Art der direkten Beteiligung an Politik und erfüllt damit auch eine Kontrollfunktion durch den Souverän.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de. *Siehe auch* querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) an* demokratischerwiderstand@protonmail.com.

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Vereinsspende« an K.D.W. e.V. IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57.

Polizeidemo in der Freien Hansestadt Bremen

BERICHT *von Anselm Lenz*

Am Freitag, 9.12.2020, treffen wir uns hinter heruntergelassenen Jalousien: Bremer Bürgertum, Beamte, Ärzte, Mütter, zwei Offiziere im Widerstand. Typ: Alte Union, alte SPD, alte FDP – Erinnerungen an Gewaltenteilung intakt. Stimmung: Warm, klar, entschlossen demokratisch.

Sonnabend dann das: Unser Bundesverfassungsgericht verabschiedet sich von seiner Aufgabe, stellt sich unter dem im Mai inaugurierten Konzernlobbyisten Stephan Harbarth offen gegen das Grundgesetz. Harbarth lässt die die Demokratiebewegung mit 20.000 in Bremen verfassungwidrigerweise verbieten, aber eine Demonstration der Regierung mit 50 bis 70 Mitarbeitern am selben Ort, der Bürgerweide, zu.

10. Dezember 2020 in Deutschland: Die Freie und Hansestadt Bremen findet sich in einen Exerzierplatz verwandelt. Neun Wasserwerfer, rund 450 Polizeibusse, eine Reiterstaffel, Stasi-Kameragockel (Seite 10) und ein Hubschrauber machen die einst liberale Hafenstadt zum Aufmarschgebiet. Viele Polizisten sind peinlich berührt, beschämt; die Polizeigewerkschaften und das Hamburger Signal beraten. Alle Wissen: Bei Corona ging es nie um Gesundheit.

Gleichwohl zeigt die Demokratiebewegung am Stern und am zentralen Roland Gesicht. Die Ärzte für Aufklärung werden in Gestapo-Manier verhaftet. Im Stadtzentrum am Nachmittag und am Abend: DemonstrantInnen, dazu Rechtsanwälte und Beobachter unabhängiger Menschenrechtsorganisationen aus Kanada, Schweden, Tschechien, werden bei Minusgraden eingekesselt. Fazit und Warnung: Das Merkel-Regime *will* den Bürgerkrieg herbeiführen.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

12.12.2020 11-13:30 Uhr	Welzheim, Paul-Dannemann Straße	Aufzug in Alltagskleidung
12.12.2020 11-15 Uhr	Maria Laach, Ort wird noch bekannt gegeben	Medizinwanderung
12.12.2020 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
12.12.2020 14-16 Uhr	Dresden, Cockerwiese	Großdemo für Demokratie und Grundrechte
12.12.2020 12-17 Uhr	Frankfurt am Main, 13 Orte i.d. Bahnhofsviertel	Bundesweite Großdemo
12.12.2020 16:30-17:30 Uhr	Erfurt, Domplatz	Thüringen steht zusammen
12.12.2020 15-18 Uhr (jeden Sa)	Berlin, Alexanderplatz	Aufhebung aller Maßnahmen und Wiederherstellung der Grundrechte
12.12.2020 15-18 Uhr (jeden Sa)	Bad Kreuznach, Kornmarkt	Wir für das Grundgesetz
12.12.2020 16-18 Uhr	Wien, Robsches Beissl (Koloniestrasse 63)	Lockdown 2020 Vorlesung & Diskussion
12.12 -13.12.2020 23-6 Uhr (jeden Sa)	Berlin, innerhalb des S-Bahn-Rings	Freibier in Berlin
13.12.2020 12-15 Uhr	Salzburg, Residenzplatz	Großdemonstration
13.12.2020 14:30-16:30 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für den Erhalt der Grundrechte auch in Krisenzeiten
13.12.2020 16-18 Uhr (Adventssonntage)	Würzburg, Oberer Mainkai (unterhalb der Brücke)	Adventsspaziergang
14.12.2020 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
14.12.2020 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Walldorf, Platz auf der Drehscheibe	Montagsdemo
14.12.2020 17:45-19:45 Uhr (jeden Mo)	Köln, Rudolfplatz	Mahnwache für artgerechte Menschhaltung und Verhältnismäßigkeit
14.12.2020 17-20 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
14.12.2020 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Krefeld, Theaterplatz	Demonstration für Menschenrechte, Grundgesetz und Freiheit
14.12.2020 18-21 Uhr (jeden Mo)	Marbach a.N., Schillerhöhe	Montagstreff auf der Schillerhöhe
14.12.2020 19-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, P1 Messe Berlin, Hammarskjöldplatz	Autokorso durch Berlin
14.12.2020 19-21 Uhr	Brandenburg a.d. Havel, Salzhofufer/Johanniskirche	Montagsdemo
17.12.2020 15-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
18.12.2020 17-20 Uhr (jeden Fr)	Hamm, Marktplatz vor der Pauluskirche	Spaziergang zur Stärkung des Immunsystems
19.12.2020 13-15 Uhr	Leipzig, Innenstadtring	Große Traktoren-Sternfahrt
19.12.2020 13:30-16 Uhr	Mönchengladbach, Alter Markt	Schweigemarsch
19.12.2020 14-16:30 Uhr	Stuttgart, Staatstheater	Schweigemarsch
19.12.2020 14-16:30 Uhr	Linz, Neues Rathaus	Schweigemarsch
19.12.2020 15-17:30 Uhr	Wien, Maria-Theresien-Platz	Schweigemarsch
19.12.2020 15-18 Uhr	Leipzig, Innenstadtring	Deutschlandweite Großdemo
19.12.2020 15:30-18 Uhr	Gera, Kultur- und Kongresszentrum (großer Vorplatz)	Schweigemarsch
19.12.2020 16-18:30 Uhr	Eberswalde, Heegermühler Str. 1	Schweigemarsch
19.12.2020 16-18:30 Uhr	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Schweigemarsch
19.12.2020 12-20 Uhr	Weil am Rhein, Dreiländergarten	Grund- und Menschenrechte schützen
19.12.2020 16:30-23:59 Uhr	Am Rhein, Überall am Rhein	Rhein-Candle-Light
20.12.2020 11:59-14:30 Uhr	Köln, Heumarkt	Schweigemarsch
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Hamburg, Gänsemarkt	Schweigemarsch
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Berlin, Stralauer Str./Alexanderstr.	Schweigemarsch
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Frankfurt am Main, Weseler Werft (Platz)	Schweigemarsch
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Weiden, Parkplatz am ZOB	Schweigemarsch
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Regensburg, Dultplatz	Schweigemarsch
20.12.2020 14:30-17 Uhr	Moers, Hülsdonker Str./Fasanenstr.	Schweigemarsch
20.12.2020 15-17:30 Uhr	Weilheim, Volksfestplatz	Schweigemarsch
20.12.2020 16-18:30 Uhr	Nürnberg, Richard-Wagner-Platz	Schweigemarsch
20.12.2020 16:30-19 Uhr	Zeitz, Altmarkt	Schweigemarsch
21.12.2020 18-21 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
21.12.2020 19-21 Uhr	Brandenburg a.d. Havel, Salzhofufer/Johanniskirche	Montagsdemo
24.12.2020 17-23:59 Uhr	Everywhere, Earth	SOS Light Protest
28.12.2020 14-17 Uhr	Hartberg, Hauptplatz 1	CoronaDemo Hartberg mit Doc Rösch
31.12.2020 12 - 01.01.2021 23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Spaziergang zur REVOLUTION

Aktuelle Informationen: nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

NIEDER MIT DEN WEIHNACHTSDIEBEN!

Unser rasender DW-Reporter* CLARK KENT *berichtet deutschlandweit von Aktionen der Demokratiebewegung

Ich muss Euch sagen, es weihnachtet sehr. Leider ist davon auf der Straße kaum was zu spüren – außer bei den fleißigen Elfen vom Helfa-Projekt. So wurde am vergangenen Donnerstag durch das Projekt ein Wohnmobil »verschenkt« und von Köln zur Glückstadt gebracht.

Am Sonntag fing der Tag sehr früh an, denn der Weihnachtsmann sollte ein Video für die Feiertage drehen. Von da aus ging es nach Lübeck, um den Bus der Frauenbustour zu besuchen. Was da geschah, ist kaum zu glauben: Superman stoppte den Bus und wurde eingeladen. Total erschöpft ist er in den Bus gegangen. Dort erklärte er, dass er müde geworden sei. Außerdem beziehe er seine Kraft aus der Sonne und momentan gibt es davon sehr wenig. Deshalb brauche er ein bisschen Ruhe und eine kleine Pause. Allerdings holte er aus einem Jutesack eine rote Hose raus, dann einen roten Mantel und sagte: »Wenn Superhelden ein bisschen kraftlos sind, dann können sie darauf vertrauen, dass andere Superhelden sie unterstützen. Superman ist nicht weg, aber er macht nur kurz Platz für ein viel älteres, mystisches Wesen – den Weihnachtsmann.«

Der Weihnachtsmann ist jetzt also auf der Tour mit den Frauen um Alexandra Motschmann, Eva Rosen, Wiebke Matern, Sandra Wesolek und die Schülerin Antonia. Er verteilt Liebe, Frieden und vor allem frohe Weihnachtsgefühle. Angefangen hat die Tour in Hamburg (Sonntag), dann nach Kassel, Lauenau (beides Montag) und am Dienstag nach Oldenburg. Auf der Tour wird natürlich trotz der Regierung das größte Weihnachtsfest vorbereitet. Denn am 24. Dezember von 12 bis 20 Uhr soll überall im Land Weihnachten gefeiert werden. Verschiedene *Livestreams* werden anzeigen, wie die Menschen in verschiedenen Städten Weihnachten feiern. Zwischendurch wird der Weihnachtsmann Geschichten und Gedichte vorlesen und Lieder singen.

Den Fahrplan und weitere Informationen zur FRAUEN-BUSTOUR im Internet via *friedensbus.eu* und auf Telegram *t.me/frauen_bustour*

Wer mitmachen möchte, kann sich gerne beim Helfa-Projekt anmelden auf *Telegram* unter »Helfa_Projekt«. Ihr könnt vor einem Seniorenheim oder Kinderkrankenhaus singen, oder Menschen eure Zeit schenken. Da wo wir können, werden wir euch unterstützen. Ihr findet das Weihnachtsprojekt ebenfalls in Telegram.

Ich freue mich schon und wünsche allen eine frohe Weihnachtszeit.



Foto: Steve Schramm.
Montage: Ute Feuerstacke / DW

Alles unter Kontrolle

Fortsetzung von Seite 1

Das ist absolutistische Herrschaft: Die Macht der politischen Akteure geht in diesem Fall nicht vom Volke aus, sondern wird durch eine fiktive Erzählung begründet. Für die drohende Gefahr medizinischer Katastrophen fehlt nach wie vor die wissenschaftliche Evidenz. Das Szenario ist genauso wie der Naturzustand bei Hobbes rein fiktiv und erfüllt offensichtlich die Funktion, die totale Unterordnung unter die staatliche Macht als alternativlos darzustellen.

Dass inzwischen auch die Rechtsprechung dieser antidemokratischen Denkweise folgt, zeigt das Verbot der für den 5.12. angemeldeten Demonstration in Bremen durch das Ordnungsamt. Die Rechtsanwälte Friedemann Däblitz und Ralf Ludwig klagten in Vertretung für den Anmelder gegen das Verbot durch alle gerichtlichen Instanzen. Dass das Bundesverfassungsgericht unter mangelhaften Begründungen das Demoverbot bestätigt hat, ist laut Einschätzung vieler Juristen in der Geschichte der BRD ein unerhörtes Ereignis. In der Tradition der Rechtsprechung stellt die Versammlungsfreiheit zurecht einen hohes Verfassungsgut dar. Ein Demoverbot wäre demnach nur aufgrund einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Gefahr, nach Einschätzung von Däblitz und Ludwig, nicht hinreichend begründet, sondern verweist auf eine allgemeine Gefährdungslage, wie sie vom RKI, einer staatlichen Behörde, behauptet wird. Tatsächlich hätte aber gezeigt werden müssen, dass die Ansteckungsgefahr bei Versammlungen gegenüber einer Ansteckungsgefahr im Alltagsleben deutlich größer ist, und die Teilnahme an einer Großdemonstration »fast sicher« zu einer Gefahr für Leib und Leben führt.

Um in einer repräsentativen Demokratie Machtmissbrauch einzudämmen, ist eine ständige Rückbindung an die gesellschaftliche Realität maßgeblich. Demonstrationen mit vielen Teilnehmern spielen dabei eine wichtige Rolle: Volksvertreter müssen daran erinnert werden, dass ihnen die Macht nicht von Gottes Gnaden verliehen wurde, sondern vom Volk. Eine Regierung, die wie am 18.11. gegen friedliche Demonstranten mit Wasserwerfern und massiver Polizeigewalt vorgeht, die weiterhin Versammlungen willkürlich einschränkt und verbietet, bricht mit dem Vertrauen der Bevölkerung und muss damit rechnen, dass ihr die Macht entzogen wird. In einer Zeit zunehmender Zensurpraktiken und Gleichschaltungstendenzen spielen Großdemonstrationen abgesehen von der Funktion, Aufmerksamkeit für die öffentliche Meinung zu erzeugen, auch eine wichtige Rolle bei der Willensbildung des Volkes. Wir brauchen freie Debattenräume, die nicht von Youtube und Facebook reglementiert sind.

Die Notwendigkeit von Machtbegrenzung und Rückbindung an die Bevölkerung war den späteren, absolutismuskritischen Theoretikern der Aufklärung vollauf bewusst. Wenn wir nicht zurück wollen zur absoluten Herrschaft eines Ludwig dem XIV., bleibt der Bevölkerung nichts anderes übrig, als der Regierung ihre Legitimation abzuerkennen und sich aktiv zu widersetzen.

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND IST GERECHT

»Wo immer das Gesetz endet, beginnt Tyrannei, wenn das Gesetz zum Schaden eines anderen überschritten wird. Und wer immer in Ausübung von Amtsgewalt seine gesetzlichen Kompetenzen überschreitet und von dem unter seinem Befehl stehenden Gesetz Gebrauch macht, um Untertanen etwas aufzuzwingen, was das Gesetz nicht erlaubt, hört damit auf, Obrigkeit zu sein. Er handelt ohne Autorität und man darf sich ihm widersetzen wie jedem anderen Menschen, der gewaltsam in die Rechte anderer eingreift.« – John Locke, *Two Treatises of Government.*

Das Widerstandsrecht ist keine Lücke, sondern eine notwendige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Dieses elementare Recht in Anspruch nehmend widersetzen sich weltweit Menschen dem Coronaregime unter großem persönlichem Risiko.

Klaus Hengl, Leiter einer Autowerkstatt in Greding, Bayern, hat am Eingang folgendes Schild angebracht: »Das Betreten mit einer Maske (Söderwindel) ist nicht gestattet!« (Quelle: *rt.de*). Der *Ta(u)sche-Laden* am Helmholtzplatz in Berlin protestiert gegen die totalitäre und diskriminierende Maskenpflicht und begrüßt ausdrücklich auch Menschen, die keine Maske tragen können. *Washingtonexaminer.com* berichtet über die New Yorker Bar »Mac's Public House«, die entgegen der Corona-Vorschriften der Stadt New York weiterhin geöffnet hat. Die Polizei verhängte daraufhin eine Geldstrafe. Die »State Liquor Company« entzog ihnen die Verkaufslizenz. Die Lösung: »Mac's« verschenkt jetzt Essen und Getränke gratis. Spenden zur Deckung laufender Kosten sind erwünscht. Ein Staat, der Grundrechte außer Kraft setzt und mit Versammlungsverboten die Grundfesten der Demokratie vernichtet, hat seine Legitimation verloren.

Versammelt euch auf den Plätzen. Öffnet die Lokale. Stürmt die Kneipen. Wir sind das Volk.

VERFASSUNGSFEIND: VERFASSUNGSGERICHT

2020 wird gebührend verabschiedet werden. *KOMMENTAR von Hendrik Sodenkamp*

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigte am vergangenen Samstag ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bremen, dass angemeldete, regierungskritische Versammlungen nicht stattfinden dürfen. Es gehe ein Risiko für die öffentliche Sicherheit von den Demokraten aus.

Es ist nicht das erste Mal in diesem Jahr, dass die staatlichen Institutionen die Versammlungsfreiheit außer Kraft setzen. Dieses Recht wurde in langen, historischen Kämpfen gegen die Feudalherren durchgesetzt. Dass die Schergen von CDU und SPD es nicht so mit dem sozialen, demokratischen und liberalen Staat haben, bewiesen sie in diesem Jahr und im vergangenen Jahrhundert zur Genüge. Neu ist, dass nun auch das oberste Gericht, dessen Verantwortung der Schutz der Verfassung und der Gewaltenteilung ist, seine Aufgabe aufgegeben hat.

Uns Demokraten sollte diese obrigkeitsstaatliche Vorgabe aber nicht daran hindern zu demonstrieren. Die Regierung und ihre Institutionen entfernen sich von der Verfassung, nicht wir. Deshalb wird es so oder so an Silvester Demokratie in Berlin geben. Ob als Demonstration oder, wie zu Beginn des Jahres, als top-hygienischer Spaziergang mit Grundgesetz.

Die Demokraten in London sind bereits dabei. Andere Hauptstädte werden sich anschließen. Das Urteil des Verfassungsgerichts wird uns nicht davon abhalten, für Gewaltenteilung, Grundrechte und ein friedliches Europa auf die Straße zu gehen.



Foto: Privat

MELDUNG

ÜBERHOLTER BERICHT ZUR MENSCHENRECHTSLAGE IN DEUTSCHLAND

Berlin/DW. Das Deutsche Institut für Menschenrechte informierte am Mittwoch, 9.12., den Bundestag über die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland. Im Bericht heißt es: »Je länger die Pandemie andauert, desto dringlicher wird es, dass das Parlament auch wieder die Normsetzung selbst in die Hand nimmt, wenn schwerwiegende Beschränkungen von Grund- und Menschenrechten in Rede stehen. Hochproblematisch ist es, dass einzelne Menschenrechte zeitweise völlig ausgesetzt waren, insbesondere die Versammlungsfreiheit und Religionsausübungsfreiheit. (...) Hingegen brauchte es hinsichtlich der Versammlungsfreiheit die Gerichte als Korrektive. Auch wenn sich darin zeigt, dass der Rechtsstaat in der Krise funktioniert, wäre es angesichts der fundamentalen Bedeutung der Versammlungsfreiheit in einer demokratischen Gesellschaft angezeigt gewesen, dass die Parlamente in öffentlicher Debatte über solche Einschränkungen entschieden hätten.« Da das Institut nur den Zeitraum vom Juli 2019 bis Juni 2020 betrachtete, ist die Einschätzung der Lage spätestens seit dem Demonstrationsverbot in Bremen durch das Verfassungsgericht bereits überholt. (sma)

YOUTUBE-DOKTOR DROHT REGIERUNG

Hamburg/DW. Christian Drosten drohte in seinem *NDR-Podcast* vom 8.12. der Bundesregierung. Er sprach eine »letzte Warnung der Wissenschaft« aus. Er behauptete, dass sich die Regierung nicht mehr für die Wissenschaft entscheide, wenn diese nicht seinem Willen folge und keine Schließung aller Geschäfte über die Feiertage und Neujahr verfüge. (hes)

MELDUNG

HELDENPRÄMIE SPALTET SCHULE

Berlin/DW. Einen ganz eigenen Verteilungsschlüssel für die sogenannte Heldenprämie hat sich ein Berliner Schulleiter ausgedacht – und sorgt damit für Unmut unter den ErzieherInnen. »Die KollegInnen, die besonders rabiat mit den Kindern umgegangen sind, bekommen eine Prämie. Wir anderen, die genauso in der Notbetreuung im ersten *Lockdown* gearbeitet haben, gehen leer aus«, empört sich ein betroffener Erzieher. »Mit vorauseilendem Gehorsam haben einige ErzieherInnen die Anordnungen des Senats übererfüllt. Ausgerechnet diese Corona-*Hardliner* werden jetzt auch noch belohnt.« Mit dem Zuschuss hatte sich der Berliner Senat an öffentlich Bedienstete gerichtet, die trotz Schulschließungen Kinder betreuten. Die einzelnen Schulleiter sind dafür zuständig, die Mitarbeiter zu benennen, die die Prämie in der Höhe von 250 bis 1.000 Euro von der Senatsverwaltung bekommen sollen. (sma)

SCHULLEITUNG ZEIGT VERSTÄNDNIS

Berlin/DW. »Ich bin in großer Sorge! Mein Sohn kommt sehr oft mit Kopfschmerzen vom Unterricht nach Hause«, schrieb eine besorgte Mutter in einer E-Mail an den Schulleiter des Berliner Gymnasiums, das ihr Sohn besucht. Sie stellte darin auch Sorgen wegen einer anstehenden Klausur dar. »Ich appelliere an Ihre Menschlichkeit, die Schüler (und auch die Lehrer) zu schützen und genügend Pausen beim Tragen der Masken für ALLE zu gewähren.« Prompt kam die Antwort des Schulleiters, die ebenfalls der Redaktion vorliegt: »Ich kann Ihre Bedenken und Sorgen verstehen und teile diese auch. Eine Klausur ist für die Schüler harte Arbeit und hier sollte die Möglichkeit bestehen, die Maske so wenig wie möglich tragen zu müssen, um die Konzentration zu erhöhen.« Und tatsächlich kam der Schulleiter am folgenden Tag in das Klassenzimmer und setzte seine Worte in Taten um. (sma)



Lehrerinnen von der Initiative lehrer-fuer-aufklaerung.de in Leipzig bei der Massendemonstration am 7. November. Foto: Hannes Henkelmann

AN DIE CHEFREDAKTION

Am 2. Dezember riefen Querdenken-30-Berlin und die Freedom Parade zu einem Medienmarsch auf, an dem sich 300 Personen beteiligten.

REDE *von Christian Pahnke (gehalten vor dem Gebäude der Springer-Presse)*

»Die Presse soll den Regierten dienen und nicht den Regierenden«, so urteilte der *Supreme Court* in den USA bezüglich der Aufklärung der Watergate-Affäre durch die *Washington Post*.

In Deutschland sprechen wir von einer Vierten Gewalt, deren Aufgabe es ist, Machtmissbrauch der Regierenden zu verhindern. Dazu brauchen wir eine freie Presse mit kritischen Journalisten, die auch berichten dürfen, was sie herausgefunden haben. Stattdessen bedienen sich die Medien ganz offensichtlich nur noch bei den Nachrichtenagenturen und bringen ungeprüft das, womit die Werbeagenturen die Nachrichtenagenturen fütterten.

Journalisten müssen ihre Artikel verkaufen, schon dadurch sind sie nicht mehr frei, wissen sie doch, was zurzeit gekauft wird und was nicht. Warum schreiben Sie nicht, dass es merkwürdig ist, dass die Corona-Maßnahmen immer weiter in die Länge gezogen wurden, immer neue Zielmarken erstellt wurden – Verdoppelung der Fälle, Krankenhauskapazitäten, R-Wert, Inzidenzwert und jetzt die Impfung. Warum erzählen Sie den Menschen nicht, wie gefährlich es ist, wenn die ganze Welt mit vollkommen neuen Impfstoffarten geimpft werden soll. Impfstoffen, die wegen ihrer Nebenwirkungen bisher nie über die präklinischen Phasen hinausgekommen sind, Impfstoffen die statt zehn Jahren Entwicklung nicht einmal ein Jahr bekamen.

Sie machen sich mitschuldig an den vielen Impfschäden, wenn Sie nicht mithelfen, die Menschen über dieses Risiko aufzuklären und die Regierenden an diesem Wahnsinn zu hindern. Ich vermute, die Stimmung in ihrer Redaktion wird nicht die beste sein. Es ist nicht möglich, dass unter Ihnen alle blind sind und Lust dazu haben, Hofberichterstattung für die Regierenden zu machen oder sich für die Interessen der Superreichen einzusetzen. Ich glaube, dass es auch in ihrer Redaktion Menschen gibt, die sehr wohl wissen, dass wir hier zurecht stehen, dass wir Recht haben, wenn wir gegen die Maßnahmen protestieren, die genau wissen, dass wir keine Spinner oder Nazis sind. Und wahrscheinlich wissen Sie es alle selbst.

Wenn Sie sich nicht schuldig machen wollen an der Katastrophe, die auf uns zurollt, dann nehmen Sie endlich ihre Aufgabe wahr. Lassen Sie ihre Redakteure wieder frei recherchieren. Für eine Demokratie ist eine freie Presse notwendig. Verhindern Sie die Impfungen. Sie können das.



freedomparade.de. Auf dem Bild: Der Berliner Organisator Captain Future im Einsatz. F: DW

BRIEFE AN DIE REDAKTION

WEITER SO

Wir sind so froh, ein Printmedium gefunden zu haben, das Widerstand gegen diesen Wahnsinn, die Regierenden und andere Grundgesetzbrecher und Volksverbrecher leistet. Wir ermessen erst hiermit, welche tapferen, mutigen Taten Sie damit leisten – und erinnern uns an DDR-Zeiten, wo die Taten antifaschistischer Widerstandskämpfer beschrieben wurden. Wir tragen den »Judenstern«, da wir mit ärztlichem Attest maskenfrei laufen und beständig angefeindet werden und uns unterstellt wird, dass wir es uns erschwindelt hätten. Mittlerweile haben wir Hausverbot im Quenthin-Reformhaus (der Geschäftsführer akzeptiert kein Attest) und einige Ärzte behandeln mich nicht mehr, wenn ich ohne Maske im Wartezimmer sitzen möchte bzw. muss ich mit Maske in ein Kopf-MRT. Wenn nicht, werde ich nicht behandelt! – *Ingeborg*

SÄUBERUNGSFANTASIE

Sorgen Sie bitte dafür, dass dieses rechtspopulistische Kampfblatt von Leugnern und Verschwörungstheoretikern nicht mehr meinen Briefkasten verdreckt. – *Michael Brinkmann*



ALLE ACHTUNG

Alle Achtung, weiter so. So wie der Bauer auf dieser Postkarte sät auch ihr die Wahrheit, verschiedene Meinungen, Kommentare, Fakten... Herzliche Grüße und Gottes Segen. – *Dagmar*

EIN TEIL DES PUZZLES

Ganz herzlichen Dank für euren Mut und euer Engagement! Es ist so wichtig, dass es euch in dieser gefährlichen Zeit gibt. Die Zeitung gehört zu unseren festen Informationspuzzlesteinen und hilft uns, unseren eigenen Weg durch dieses Grauen zu finden. Gebt nicht auf, wir tun es auch nicht! Liebe Grüße aus Mecklenburg-Vorpommern. – *Ayya*

GEGENBEWEGUNG

Jetzt, wo die »zweite Welle« mit aller Gewalt gemacht wird, kann es nicht mehr die Dummheit sein und bleibt nur noch die Bosheit als mögliche Erklärung... Unsere ewige Hoffnung ist eine kritische, intelligente, vernünftige, glaubwürdige und vor allem gut inszenierte Gegenbewegung. Danke für euren Einsatz! – *J.*

AN ALLE

Vielen, vielen Dank für euer Engagement und dass ihr so vieles ans Licht bringt. Ich wünsche mir sehr, dass immer mehr Menschen den Mut finden, daran zu wirken, dass die Wahrheit zutage tritt und zwar friedlich, aber energisch. Ich bitte auch darum, dass überall auf der Erde Friede einkehrt, Gerechtigkeit und Freiheit und dass wir Menschen achtsam und respektvoll mit allen Geschöpfen auf der Erde sind. Ich bitte auch darum, dass allen, die besonders unter dieser künstlichen Pandemie leiden, geholfen wird. Ich gehe auf meine Weise den Pfad des friedvollen Krieges und weiß, dass Gedanken unsere Realität erschaffen, aber auch Taten. Allerliebst,
Edith Schütze

DANKE

Vor allem die Beiträge von Hermann Ploppa haben den Nagel auf den Kopf getroffen. Journalistisch einmalig dargelegt, wie düster die Lage der Ghettoisierung Deutschlands ist. Danke für eure Berichterstattung! Es ist aufbauend solche Menschen wie euch zu wissen. – *Johannes Holler, Lauda*

ERKLÄRUNG NACH 5-AUSGABEN-ABO

Danke für die letzten fünf Ausgaben; die beigelegten Gratisausgaben verteile ich an Mitmenschen, die den DW mit großem Wissensgewinn studieren und ebenfalls weitergeben. Danke für Eure Redlichkeit und Beharrlichkeit! Herzliche Grüße, Charlotte Richter

LIEBE KOLLEGEN

[Schreibmaschine auf Postkarte:] Gute Idee, Eure Professionalisierung und der Verlag! (Ich habs, alleingelassen, nie geschafft.) Ich stimme voll mit Euch überein: Postversand auf Papier ist das Beste (...). – *Reinhard Ulrich*

Post: KDW e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin.

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 30. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und knapp 11 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.
Auf der Internetseite *demokratischerwiderstand.de* können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für das gesamte Jahr 2021 abschließen.

ALLES NUR ZUR SICHERHEIT…

Der deutsche Datenschutzbeauftragte alarmiert vor totalitärer Kontrolle. In Frankreich kommt es bereits seit Wochen zu massiven Aufständen gegen das Corona-Regime. *Von Casey Koneth*

Fortsetzung von Seite 1

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung wurden in Deutschland vor zwei Wochen die Befugnisse für den Bundesverfassungsschutz, den militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst entfristet.

Diese Ausnahmebefugnisse waren infolge der Anschläge vom 11. September 2001 eingeführt und seitdem dreimal verlängert worden. Auskunftspflichten von Unternehmen der Branchen Luftverkehr, Finanzdienstleitungen, Telekommunikation und Telemedien zur Netzwerkaufklärung gelten nun dauerhaft. Außerdem hat die deutsche Bundesregierung jüngst eine Gesetzesanpassung des Verfassungsschutzrechts vorgelegt, die den Nachrichtendiensten gestattet, bei verschlüsselten Messengerdiensten wie *Whatsapp, Telegram* und *Signal* mitzulesen. Darin schwarz auf weiß zu lesen: »Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird eingeschränkt.«

Natürlich nur mit richterlichem Beschluss und vermeintlich zu unser aller Sicherheit. Doch in der Praxis lassen sich entsprechende Überwachungsanträge nur schwer überprüfen. Auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz Ulrich Kelber warnt, dass das geplante Ausmaß der staatlichen Überwachung das für eine Demokratie erträgliche Maß übersteige.

Regierungen, die im Namen der »Sicherheit« die Grundrechte beschneiden, sind Gefährder der Demokratie. Nur die BürgerInnen selbst können ihnen Einhalt gebieten. Wie das geht? Da braucht man nur mal einen Blick nach Frankreich zu werfen:

Alarmstufe eins in Frankreich! Der Vorbote: Das »Anti-Randalierer-Gesetz« kriminalisiert alle Franzosen

KRIMINALISIERUNG DER BEVÖLKERUNG

Nachdem die sogenannten Gelbwesten seit November 2018 lautstark auf den Straßen gegen Präsident Macrons »Reformpolitik« demonstrierten und es dabei – naturgemäß – auch wiederholt zu Ausschreitungen kam, beschließt das französische Parlament am 5.2.2019 das sogenannte »Anti-Randalierer-Gesetz«. Es ermächtigt die Polizei und die Behörden dazu, Demonstrationsverbote gegen einzelne TeilnehmerInnen auszusprechen, die »eine besonders schwere Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen«. Eine richterliche Grundlage: nicht mehr nötig. Wer gegen das Demonstrationsverbot verstößt, muss mit sechs Monaten Haft und einer Geldstrafe rechnen. Das Recht auf Demonstrationsfreiheit und das Recht zur freien Meinungsäußerung: zugunsten der »inneren Sicherheit« und »zum Schutz vor Vandalismus« eingeschränkt. Laut der Liga für Menschenrechte richtet sich das Gesetz aber nicht nur gegen Randalierer, sondern gegen alle BürgerInnen.

Alarmstufe zwei: Das »globale Sicherheitsgesetz«

Über Monate räumt die Pariser Polizei – ohnehin nicht gerade für ihre Samthandschuhe berühmt – immer wieder auf rabiate Weise Flüchtlingscamps in der Umgebung von Paris. Die Polizisten treiben mithilfe ihrer Schutzschilder die Asylsuchenden wie Vieh vor sich her und rufen »Lauft! Lauft! Lauft!« Umgekehrt wird gegen rassistische Polizeigewalt demonstriert, die in Frankreich nichts Neues ist. Während der Corona-Ausgangssperre hat sie sich jedoch noch verschärft. So fielen Schwarze und Araber in Pariser Vororten unter dem Vorwand der Ausgangsbestimmungen vermehrt Polizeigewalt zum Opfer, obwohl sie alle nötigen Dokumente vorweisen konnten.

BILDERVERBOT DER BEAMTEN

Am 24.11.2020 eskaliert die Lage: Die Pariser Polizei räumt mit rabiater Gewalt (unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken) ein Protestcamp von Flüchtlingsfamilien, Hilfsorganisationen und Bürgerrechtlern im Zentrum von Paris. Nach nur einer Stunde wird das Camp von der Polizei buchstäblich niedergemäht. Offizielle Begründung: Es habe sich um ein »unerlaubtes Lager« gehandelt, die Polizei habe »die illegale Besetzung des öffentlichen Raums beendet«. Die Übergriffe der Polizei auf die DemonstrantInnen wurde von Pressevertretern dokumentiert, die dann ihrerseits von der Polizei schikaniert wurden.

Brisant: Am selben Tag stimmt das Parlament in erster Lesung für ein neues »globales Sicherheitsgesetz«. Aber Achtung, jetzt kommts: nicht etwa zum Schutze der BürgerInnen, sondern der (gewalttätigen) Polizei. Besonders der Artikel 24 hat es in sich: Foto- und Filmaufnahmen von Polizisten, die »die körperliche oder psychische Unversehrtheit« der Beamten gefährden, sind strafbar.

Will heißen: PolizistInnen sollen davor geschützt werden, dass Aufnahmen von ihren Einsätzen in der Öffentlichkeit kursieren. Bei Verstößen drohen ein Jahr Haft und eine Geldstrafe von 45.000 Euro. Kurzum: Die Polizeieinsätze sollen nicht mehr dokumentiert werden dürfen. Die Pressefreiheit soll eingeschränkt werden. PolizistInnen sollen schalten und walten können, wie sie wollen, ohne dass sie anhand von Beweisaufnahmen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Alarmstufe drei: Das »globale Sicherheitsgesetz« auf dem Prüfstand

Am 27.11.2020 wird deutlich, welche Gefahren das neue »Sicherheitsgesetz« in sich birgt. Ein schwarzer Musikproduzent wird in seinem Studio von vier Polizisten brutal zusammengeschlagen. Der Auslöser: Er trägt auf der Straße keine Maske und flüchtet in sein Studio, um keine Strafe zahlen zu müssen. Die vier Polizisten folgen ihm, beschimpfen ihn rassistisch, knüppeln und treten auf ihn ein, bis er blutüberströmt ist und Todesängste aussteht. Anschließend behaupten die Polizisten, sie hätten ihn lediglich wegen des Verstoßes gegen die Maskenpflicht verwarnen wollen, er habe sie dann in das Gebäude gezerrt und tätlich angegriffen. Und: Wo kein Bild, da kein Beweis. Allein die Überwachungskamera im Büro des Musikproduzenten hat den tatsächlichen Tathergang aufgezeichnet und konnte die vier Beamten der Falschaussage und der Gewalt im Dienst überführen.

Genau solche Beweisaufnahmen sollen durch das neue »Sicherheitsgesetz« verhindert werden. Der Vorfall führt den Franzosen noch einmal deutlich vor Augen, dass das von der Regierung geplante »globale Sicherheitsgesetz« nicht dem Schutze der Bevölkerung dient, sondern der Polizeigewalt freien Lauf lassen würde. Opposition und Journalisten sehen darin einen Eingriff in die Pressefreiheit. Ein Aufschrei geht durch die *République*. Unter dem Druck der Öffentlichkeit kündigt der Premierminister an, den betreffenden Artikel 24 von einer unabhängigen Kommission überarbeiten lassen zu wollen.

Alarmstufe vier: Der Wortbruch

KIurz darauf macht der Premier wieder einen Rückzieher, weil das Parlament nicht mit einer Überarbeitung des Gesetzes einverstanden ist. Das Volk liefert der Regierung prompt die Quittung für diesen Wortbruch: Es geht trotz der Corona-Ausgangssperren auf die Straße und protestiert. Allein am 5.12.2020 versammeln sich in Paris 100.000 DemonstrantInnen, darunter Gewerkschaften, Journalisten- und Opferschutzverbände, Menschenrechtsorganisationen.

Und siehe da: Die Regierung gibt dem öffentlichen Druck endlich nach. Das Gesetz soll nun überarbeitet werden, der umstrittene Artikel 24, der das Dokumentieren von Polizeigewalt unter Strafe stellt, neu verfasst werden. Wie genau diese Überarbeitung aussehen wird, muss sich noch zeigen. Doch das französische Volk hat dem vorrückenden Polizeistaat erfolgreich den Weg abgeschnitten und die Regierung zumindest ein Stück weit in die Knie gezwungen. *Vive la République! Vive la liberté!*

Und was geschieht in Deutschland? Auch hierzulande haben die BürgerInnen allen Anlass, alarmiert zu sein. Aktuelle Warnstufen: Alarmstufe eins: Das »Dritte Infektionsschutzgesetz

Am 18. November 2020 beschließt der Bundestag das »Dritte Infektionsschutzgesetz«, das die Grundrechte der Freiheit der Person, der Versammlungsfreiheit, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung einschränkt und diese Einschränkungen unter dem Vorwand der Corona-Pandemie gesetzlich verankert. Damit wird den BürgerInnen die juristische Handhabe entzogen, gegen diese Einschränkungen vorzugehen.

Tausende BürgerInnen demonstrieren gegen das Gesetz und erhalten als Antwort eine kalte Dusche und Tränengas auf Staatskosten (in Form von Wasserwerfern) vor dem abgeschotteten Bundestag – am Brandenburger Tor.

Alarmstufe zwei: Das »Dritte Infektionsschutzgesetz« auf dem Prüfstand

Am 5.12.2020 wird in Bremen eine Querdenker-Demo verboten. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt – grundgesetzwidrigerweise – zum ersten Mal ein Versammlungsverbot. Begründung: Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Dies dürfte nun allen Deutschen klar vor Augen führen, dass das »Dritte Infektionsschutzgesetz« unter dem Deckmantel der »Sicherheit« die Grundrechte aushebelt – und keinsfalls die Bevölkerung schützt.

Alarmstufe drei: Eine für Silvester angemeldete Querdenker-Demo in Berlin soll laut dem Berliner Innensenator und der Berliner Polizeipräsidentin unterbunden werden

Die Berufspolitiker berufen sich dabei auf das grundgesetzwidrige Versammlungsverbot in Bremen, das nun eine rechtliche Grundlage für neue Auflagen bieten solle. Unsere französischen Nachbarn würden spätestens jetzt vermutlich auf die Barrikaden gehen. Und wir Deutschen? Hören wir die Alarmglocken schrillen? Oder sind wir taub?

Macron droht mit Stromausfall

Lille/DW. **Die französische Elektrizitätsversorgung gehört zu den weiteren Kollateralschäden des Corona-Regimes. Rund ein Dutzend der 56 Atomkraftwerke sind derzeit abgeschaltet.**

Wie französische Medien berichten, können die Wartungsarbeiten an den Reaktoren in diesem Jahr nicht wie geplant durchgeführt werden. Der Grund dafür: Wegen der Hygienemaßnahmen dürfen nur wesentlich kleinere Teams die Kernkraftwerke in Schuss halten.

So dauern die einzelnen Arbeiten länger und die Reaktoren liegen länger brach als geplant. Besonders kommenden Januar und Februar rechnet *Réseau de transport d'électricité* (RTE), Betreiber der Hochspannungsnetze in Frankreich, mit Engpässen – also Stromausfällen.

Frankreichs Bevölkerung wird dazu aufgerufen, diesen Winter nicht einfach schnell die Waschmaschine oder den Toaster einzuschalten. Mit dem sogenannten Bürgerprogramm »EcoWatt« sollen die Verbraucher sich zuerst vergewissern, ob in ihrer Region der Strom dafür ausreicht.

Im Frankreich unter Präsident Emmanuel Macron kommt es seit Wochen zu landesweiten und teilweise gewaltsamen Aufständen gegen das Corona-Regime und neue Kontroll- und Polizeigesetze, die in deutschen Staats- und Konzernmedien kaum berichtet werden. Für seriöse Information muss auf Auslandssender wie etwa *RT deutsch* zurückgegriffen werden. (sma/ale)

GEZ von SA gestoppt

Magedeburg/DW. Die Erhöhung der Zwangsgebühren für die Rundfunkpropaganda der Regierung wurde vorläufig angehalten. Ministerpräsident Rainer Haseloff (Sachsen-Anhalt/SA) und die Koalition aus CDU, SPD und Bündnisgrünen werden dem Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen. In einer *ARD-Tagesschau* am Dienstag, 8.12., kommentierte ein sichtlich wütender Staatsredakteur: »Verfassungsbruch!« (jro)

DER FUCHS IM HÜHNERSTALL

Der ethisch zweifelhafte Großkonzern Blackrock soll für die EU Ethikrichtlinien für Banken erstellen

Die Europäische Kommission als Regierung der EU erarbeitet Regelungen, wie bestimmte Vorgänge in Europa ablaufen sollen. Das betrifft nicht nur die Krümmung von Bananen.

So will die ehrenwerte Kommission in Brüssel jetzt auch den Banken Vorschriften machen, wie die Geldhäuser ökologische und soziale Kriterien in ihre Entscheidungen einfließen lassen. Also machte die Europäische Union (EU) eine Ausschreibung, wer diese Kriterien erarbeiten soll. In diesem Frühjahr fiel die Wahl dann unter neun Kandidaten auf die Firma *Blackrock*. Die war mit einem Honorar von 280.000 US-Dollar am billigsten. Aber: ist der billigste Anbieter auch immer der beste? Bei *Blackrock* (Schwarzfelsen) ist das nicht so gewiss.

Denn *Blackrock* ist der größte Vermögensverwalter der Welt, mit 7,43 Billionen Dollar im Jahre 2019. *Blackrock* soll ja aus dem ihm anvertrauten Vermögen noch viel mehr Vermögen machen. Und wo sind die profitabelsten Anlagemöglichkeiten? Zum Beispiel in der Ölindustrie. *Blackrock* gehört bei den zwölf größten Ölkonzernen der Welt jeweils zu den drittgrößten Investoren. Ganz groß ist *Blackrock* auch eingebunden in Pharma- oder Waffenindustrie.

Deutschlands nächster Kanzler könnte Friedrich Merz werden. Merz war zuvor Deutschland-Chef von *Blackrock*. Der Welt-Chef von *Blackrock* heißt Larry Fink, bekommt jedes Jahr ein bescheidenes Gehalt von 24 Millionen Dollar überwiesen. Fink schrieb in diesem Frühjahr an seine Anleger, die Verwüstungen der Corona-Krise würden den Anlegern »gewaltige Investitionsmöglichkeiten« bieten.

SCHWARZER FELSEN DES LOBBYISMUS

Man kann also sagen, dass *Blackrock* möglicherweise nur ein suboptimaler Berater der EU sein könnte, wenn es um Fragen von Umweltschutz und soziale Belange geht. Das rügte denn auch vor kurzem auf Druck von EU-Parlamentariern die sogenannte Ombudsfrau, eine Art Bürgerbeauftragte der EU, Emily O'Reilly.

Deutliche Worte fand Katrin Ganswindt von der Nichtregierungsorganisation Urgewald: »*Blackrock* als Berater der Europäischen Kommission für Umwelt-, Sozial- und *Governance*-Faktoren zu engagieren erscheint so, als würde man den Fuchs den Hühnerstall bewachen lassen.« Dem ist so. Mit einem Einsatz von 87,3 Milliarden Dollar war *Blackrock* noch im Jahre 2019 dick in der Fossilwirtschaft aktiv. »Geld stinkt nicht!«, hatte dereinst im antiken Rom der Unternehmer Crassus gesagt, der eine Kette von profitablen Münztoiletten betrieb. Dass profitables Geld in der Fossilwirtschaft doch irgendwann stinken kann, ging auch den Herren von *Blackrock* auf. Denn sie kündigten im Frühjahr 2020 an, sich aus der fossilen Energie zurückziehen zu wollen. Wir werden sehen.

Eine irgendwie geartete Rollendistanz zwischen der Europäischen Kommission und der privaten Finanzwirtschaft ist wohl nicht einmal mehr angedacht. Die EU unterhält nämlich eine Bankenaufsichtsbehörde, die *European Banking Authority* (EBA). Deren Chef hieß bis zum Februar 2020 Adam Farkas.

Farkas wechselte von der EBA ohne Schamfrist zur Bankenlobbyfirma *Association for Financial Markets in Europe* (AFME). Dieser Drehtüreffekt ist für die Euro-Administration kennzeichnend. In der 29. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand haben wir berichtet, wie Mitarbeiter der Europäischen Impfbehörde EMA entweder aus der Pharmawirtschaft zur Behörde kamen oder nach einigen Jahren bei der EMA ihre Kenntnisse mitnahmen zu einer privaten Pharmalobby-Firma. (hp)

GANZ EIGENE LOGIK IM REGIME

Melanie Brinkmann vom Helmholtz-Zentrum

»Es ist eigentlich viel gefährlicher als ein Virus, der Menschen richtig krank macht.«

In unserer Reihe »Goldene Worte des galoppierenden Corona-Schwachsinns« präsentieren wir die heutige faule Tomate: Professorin Melanie Brinkmann, Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung auf der Bundespressekonferenz am 3.11.2020.

»Dieser Virus macht uns allen das Leben schwer. Allen. Die, die infiziert werden, aber auch die, die gar nicht infiziert werden. Dadurch, dass wir Maßnahmen treffen müssen, die diesen Virus eindämmen. Und das liegt einfach an der Eigenschaft dieses Virus: Er macht nur ein paar Leute richtig krank. Aber er verbreitet sich sehr leicht. Und dadurch, dass er viele Menschen nicht so stark erkranken lässt, bewegen die sich frei herum. Und nehmen sich auch nicht zurück. Warum sollten sie auch? Sie merken ja gar nicht, dass sie infiziert sind. Und genau das macht es so schwer, diesen Virus einzudämmen. Es ist eigentlich viel gefährlicher als ein Virus, der Menschen richtig krank macht. Denn die bleiben zuhause und stecken niemanden an. Und dadurch kann der Virus nicht weiter verbreitet werden.«

200 Mio. Inder im Covid-Streik

Mumbai/DW. Am Donnerstag, dem 3. Dezember 2020, gingen 200 Millionen Arbeiter und Landwirte in Indien in den Generalstreik gegen das Corona-Regime.

Laut *globalresearch.ca* nahmen an der Aktion 250 Bauernorganisationen und zehn Gewerkschaften teil. Dem Gewerkschaftsaufruf zufolge richtete sich der Generalstreik, an dem sich auch viele Mitarbeiter der indischen Bundesländer, Polizisten und Soldaten beteiligten, gegen die »volksfeindliche, arbeiterfeindliche, antinationale und zerstörerische Politik« des Premierministers Narendra Modi unter Corona. (ale)



HONGKONGER VERHÄLTNISSE IN DER BRD – DOCH EINER HAT EINDEUTIG DEN LÄNGSTEN

5. Dezember in Deutschland. Auf der Bremer Bürgerweide versammelten sich 50 bis 70 RegierungsmitarbeiterInnen. Die Demonstration der Demokratiebewegung mit 20.000 DemonstrantInnen war hingegen vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) letztinstanzlich verboten worden. Das BVerfG war bereits im Mai 2020 im Stile einer mittelamerikanischen Bananenrepublik mit einem der bekanntesten und skrupellosesten Konzernlobbyisten besetzt worden: Dem Rechtsanwalt Stefan Harbarth (CDU).

Bei der, durch ein beispielloses Polizeiaufgebot mit neun Wasserwerfern, rund 450 Polizeibussen, Lastwägen und einem Hubschrauber der Bundespolizei verhinderten Bremer Demonstration, wurden auf die Verbliebenen bezahlte Fotografen des Merkel-Regimes angesetzt, die teils mit 8.000 Euro teuren Objektiven bewaffnet worden waren (Foto links).

Foto: Anselm Lenz/DW

GRÖSSTE DEMOKRATIEBEWEGUNG DER GESCHCHTE EUROPAS

Seit dem März des Jahres 2020 schränkt die Bundesregierung dauerhaft die Grundrechte der Bürger ein. Die westliche Gesellschaft hat einem Virus den Krieg erklärt und alle Menschen werden dadurch in die »totale Mobilmachung« gezwungen. Immer mehr Menschen wollen sich diese Übergriffe nicht mehr gefallen lassen.

Foto: Hannes Henkelmann (driediger.de)



Vom »Lockdown« zum »Knockdown«

Wirtschaftswachstum: Eine Weltreise durch die nackten Fakten der Corona-Ökonomie *von Hermann Ploppa*

Das Jahr 2020 war eine Berg- und Talfahrt. Auf jeden Fall wenn man die Daten für das Wirtschaftswachstum in den Nationalstaaten betrachtet.

Das erste Quartal 2020 verlief noch einigermaßen normal. Aber dann. Da sackt das Bruttoinlandsprodukt in den USA von heute auf gestern im zweiten Quartal um satte 31,4 Prozent ab, sobald der Lockdown in einzelnen US-Bundesstaaten begann. Um dann im dritten Quartal um 33,1 Prozent wieder nach oben zu sausen.

Trotzdem wird die Wirtschaft der USA 2020 um 3,8 Prozent schrumpfen. Dazu trägt die jetzt herrschende Anarchie im Land der unbegrenzten Möglichkeiten bei. Als während des *Lockdowns* wütende Bürger im Autocorso zu den Regierungsgebäuden fuhren und die Gouverneure mit entsicherten Waffen bedrohten, trat Präsident Trump quasi als Oppositionsführer im eigenen Land auf und ermunterte die Wutbürger, dem Lockdown ein Ende zu bereiten.

Die Demokraten des Washingtoner Establishments revanchierten sich mit einem dubiosen Regime-Change-Manöver und versuchen nun, Trump aus dem Amt zu hebeln. Beide Seiten sind nicht am Gemeinwohl interessiert. Im machtpolitischen Patt hat sich die einzige Weltmacht gerade vor unseren Augen vom Lockdown in den selbstverursachten Knockdown geboxt.

Wie sagte der weise chinesische Militärstratege Sun Tsu vor zweieinhalbtausend Jahren: Derjenige gewinnt den Kampf, der gar nicht erst zur Schlacht angetreten ist. China hat sich nie auf eine Rauferei mit den amerikanischen Rüpeln eingelassen – und ist jetzt kampflos Erster geworden!

Denn die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch die Corona-Kampagne sind den digital orientierten Wirtschaftszweigen beider chinesischer Staaten wie auf den Leib geschneidert. Sowohl die große Volksrepublik China wie auch ihr kleiner Insel-Antipode Taiwan stehen in der Krise glänzend da.

Zwar sind zweistellige Traumwerte für das Wirtschaftswachstum wie in der Vergangenheit jetzt gerade nicht mehr möglich. Die Volksrepublik China sperrte die Menschen in Wuhan Anfang des Jahres erbarmungslos in ihren Häusern ein und ließ Kranke in vollautomatisierten Massenkliniken von Robotern füttern und desinfizieren.

Aber dann war auch schon Schluss mit dem Lockdown-Tollhaus im Reich der Mitte. Seitdem herrscht in China eine volldigitalisierte neue Normalität, die weiteren Hausarrest überflüssig macht.

Und deswegen wird die Wirtschaft auch 2020 um 1,8 Prozent anwachsen. Und die Verwandten in Taiwan können sogar ein sattes Plus von 2,1 Prozent für sich im gleichen Zeitraum verbuchen. Taiwan produziert fast alle Laptops dieser Welt und einen großen Teil der Halbleiter. Mit dieser Stay-home-Ökonomie waren die Chinesen auch im Zeitalter der Lockdown-vereinsamten Computer-Nerds ideal aufgestellt.

In Asien finden sich somit die einzigen Gewinner der Corona-Krise. Weder für die beiden Amerikas noch für Afrika macht der Lockdown irgendeinen Sinn. Ganz schlimm erwischt es Peru mit einer Schrumpfung der Wirtschaft für 2020 mit minus 13 Prozent – Argentinien mit 11,3 Prozent.

Doch auch Australien im Pazifikraum hat es erwischt mit minus 4,4 Prozent. In allen diesen Ländern wurde die Ausgangssperre mit besonderer Brutalität durchgesetzt. Und in Asien gibt es noch zwei Antipoden-Staaten, allerdings mit diametral entgegengesetzter Entwicklung: Indien und Pakistan gingen aus Hindustan hervor. Beide Länder sind in ihrer Entwicklung überaus zerbrechlich.

Extreme Kontraste zwischen Hochtechnologie und Ochsenkarren sind kaum auszuhalten. In dieser Situation kann die rigorose Hausarrestpolitik des marktradikalen indischen Regierungschefs Modi nur ungläubiges Kopfschütteln hervorrufen: Monatelang mussten indische Großfamilien in ihren engen Behausungen ausharren und durften nur zum Einkaufen an die frische Luft.

Die Quittung ließ nicht lange auf sich warten. Im zweiten Quartal 2020 schrumpfte die indische Wirtschaft um mehr als zwei Drittel (69,4 Prozent). Während die indische Wirtschaft voraussichtlich um 9,8 Prozent schrumpfen wird, steigen die Verbraucherpreise gleichzeitig um 7,6 Prozent. Die Lage ist unhaltbar geworden. Aktuell rebellieren 200 Millionen Inder gegen Modis Vernichtungspolitik mit Streiks und Aufständen.

Im Antipoden Pakistan dagegen, traditionell geschüttelt durch Instabilität und Korruption, ist es im Augenblick vergleichsweise ruhig. Denn die Regierung versorgte mit ihrem Ehsaas-Nothilfeprogramm 109 Millionen Menschen mit Geldzuwendungen. Daran gekoppelt sind allerdings dort auch Digitalisierungsprogramme für Behörden und Management. So kommt Pakistan mit einer moderaten Schrumpfung der Wirtschaft um 2,8 Prozent für 2020 davon.

Und wieder einmal erweist sich der kleine aber feine Stadtstaat Singapur als absoluter Musterschüler der Welt-Herrschaftskunst. Als das Fischerdorf 1965 aus dem neuen Bundesstaat Malaysia rausgeworfen wurde, verwandelte der damalige Dauer-Präsident Lee Kuang Yew mit väterlicher Strenge Singapur in eine hochmoderne Millionenstadt.

Seitdem ist Singapur eine wohlhabende Erziehungsdemokratie mit stark autoritären Zügen. Corona macht da keine Ausnahme. Der Lockdown wurde in Singapur besonders rigide durchgezogen. Dafür muss der Inselstaat mit einer Wirtschaftsschrumpfung um glatte 6 Prozent büßen. Aber die Bußübung lohnt sich, findet die internationale Gemeinschaft. Singapur hat sich vorbildlich im Schockverfahren durchdigitalisiert. Das wird jetzt belohnt.

Denn das weise Weltwirtschaftsforum will jetzt im Mai 2021 in dem kleinen Erziehungsstaat zum ersten Mal wieder leibhaftig treffen, von Angesicht zu Angesicht, von Mundgeruch zu Mundgeruch. Es soll sich endlich wieder lohnen, zu leiden und zu verzichten.

+++MELDUNG+++

HELDENPRÄMIE SPALTET SCHULE

Berlin/DW. Einen ganz eigenen Verteilungsschlüssel für die sogenannte »Heldenprämie« hat sich ein Berliner Schulleiter ausgedacht und sorgt damit für Unmut unter den ErzieherInnen. »Die KollegInnen, die besonders rabiat mit den Kindern umgegangen sind, bekommen eine Prämie. Wir anderen, die genauso in der Notbetreuung im ersten Lockdown gearbeitet haben, gehen leer aus«, empört sich ein betroffener Erzieher. »Mit vorauseilendem Gehorsam haben einige ErzieherInnen die Anordnungen des Senats übererfüllt. Ausgerechnet diese Corona-Hardliner werden jetzt auch noch belohnt.« Gedacht war der Zuschuss des Berliner Senats für alle öffentlichen Bediensteten, die trotz Schulschließungen Kinder betreuten. Die einzelnen Schulleiter sind dafür zuständig, die KollegInnen zu benennen, die die Prämie in der Höhe zwischen 250 und 1.000 Euro von der Senatsverwaltung bekommen sollen. (eka/sma)

SCHULLEITUNG ZEIGT VERSTÄNDNIS

Hamburg/DW. »Ich bin in großer Sorge! Mein Sohn kommt sehr oft mit Kopfschmerzen vom Unterricht nach Hause«, schrieb eine besorgte Mutter in einer E-Mail an den Schulleiter des Berliner Gymnasiums, das ihr Sohn besucht. Sie machte sich auch Sorgen wegen einer anstehenden Klausur. »Ich appelliere an Ihre Menschlichkeit, die Schüler (und auch die Lehrer) zu schützen und genügend Pausen beim Tragen der Masken für ALLE zu gewähren.« Prompt kam die Antwort des Schulleiters, die ebenfalls der Redaktion vorliegt: »Ich kann Ihre Bedenken und Sorgen verstehen und teile diese auch. Eine Klausur ist für die Schüler harte Arbeit und hier sollte die Möglichkeit bestehen, die Maske so wenig wie möglich tragen zu müssen, um z.B. die Konzentration zu erhöhen.« Und tatsächlich kam der Schulleiter am folgenden Tag in das Klassenzimmer und setzte seine Worte in Taten um. Aber auch im allgemeinen Unterricht gilt an dieser Schule nun die Devise, dass die SchülerInnen die Maske abnehmen dürfen, wenn sie sich nicht wohlfühlen, um frei atmen zu können. (eka/sma)

AUSGESCHLAFEN?

Berlin/DW. Im Telegram-Kanal »Freie Linke (Widerstand gegen den autoritären Corona-Kapitalismus)« tauschen sich Linke, Humanisten, Sozialisten und Freigeister gegen das Notstands-Regime aus. »Was sie vereint, ist der Frust über das Versagen etablierter linker Organisationen«, heißt es. Die wachsende Gruppe Gleichgesinnter will »der Öffentlichkeit zeigen, dass es auch viele Linke gibt, die die Corona-Pandemie und den Umgang damit kritisch sehen und sich gegen den Abbau der Freiheit aussprechen«. Auf Telegram ist der Kanal unter dem Link zu finden: t.me/freielinke. (sma)

RÜCKGRAT DER GESELLSCHAFT WIRD SUIZIDAL

Hamburg/DW. Die rund 35 Millionen Menschen in der Bundesrepublik, die zwischen 30 und 59 Jahren alt sind, geben die Hoffnung auf. Die sogenannte Generation Mitte macht laut einer Studie der Meinungsforscher von Allensbach ein Stimmungstief wie nie zuvor durch. Für die Forschungsarbeit sind rund 1.000 Frauen und Männer befragt worden. Fazit der Studie: »Das gesellschaftliche Klima ist im Keller.«

»Jeder Zweite fühlt sich heute schlechter als vor der Krise«, kommentierte Allensbach-Geschäftsführerin Renate Köcher zur Vorstellung des Umfrageergebnisses. »Die große Mehrheit sieht mehr Aggressionen und Egoismus als wachsende Solidarität.« Eine Zunahme der Hilfsbereitschaft durch die Corona-Politik des verfassungswidrigen Merkel-Regimes sehen demnach nur 13 Prozent. Die 30- bis 59-Jährigen erwirtschaften über 80 Prozent der steuerpflichtigen Einkommen und tragen 70 Prozent der Erwerbstätigkeit in Deutschland. (ale)

LESEN ZUR GRUNDLAGEN-BILDUNG!

CORONA

EIN GESCHENK DES HIMMELS FÜR DIE FINANZELITE | VON RAINER RUPP

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der EU und in den USA erschrecken aktuell die mächtigen Entscheider wieder die Bevölkerung mit neuen Hiobsbotschaften über eine zweite Corona-Welle.

»Weltweit eine Million COVID-19 Todesfälle« lauteten die Balkenüberschriften in den letzten Tagen. Weltweit seien inzwischen 33 Millionen Menschen infiziert. Global erreichte die Zahl der neuen, positiv getesteten Fälle mit 277.937 neue Höchststände. Täglich seien in den letzten Tagen um 300.000 Fälle neu hinzugekommen.

Allerdings wird für den aufmerksamen Leser hin und wieder, versteckt im Text der Hiobsnachrichten, der düstere Schleier etwas gelüftet. Dabei wird ein Teil des Corona-Puzzles sichtbar, das verrät, dass die Lage doch nicht so schlimm ist, wie den braven Schäfchen mit dem angeblich überall lauernden Wolfsvirus glauben gemacht werden soll. So konnte man in US-Medien den Satz lesen: »Die Zahl der Fälle in den USA hat sich am Wochenende weiter beschleunigt, ... Die Zahl der täglichen Todesfälle geht jedoch zurück«. Nicht anders sieht die Situation in Europa und auch Deutschland aus. Was bedeutet das?

CORONA-NOTSTANDSREGIME ÜBERDECKT DEN TOTALEN FINANZ-CRASH

Das bedeutet nichts anderes, als dass aufgrund der Verdopplung und teilweise Verdreifachung der Corona-Tests es natürlich auch neue Rekordzahlen für positiv Getestete gibt. Aber mehr positiv Getestete zusammen mit rückläufigen Todesfällen ist doch eine gute Nachricht, weil es auf eine sinkende Gefährlichkeit des Virus hindeutet. Das wäre zumindest eine logische Schlussfolgerung. Auch die neusten Zahlen aus der angeblichen Corona-Hölle USA bestätigen das, wie wir weiter unten sehen werden. Aber mit Logik ist der politischen Corona-Pandemie nicht beizukommen, denn aktuell werden die Corona-Maßnahmen zur Kontrolle der Bevölkerung auch in Deutschland wieder angezogen.

Spanien und Großbritannien haben bereits wieder mit einem teilweisen *Lockdown* begonnen. Dennoch hatten letztes Wochenende viele Tausende in London gegen die neuen Corona-Auflagen demonstriert. Die Regierungen in Frankreich und Italien spielen ebenfalls mit dem Gedanken an einen neuen *Lockdown*, aber auf Grund der widerborstigen öffentlichen Meinung zum Thema sind sie erst einmal in Wartestellung gegangen. Derweil hat auch Kanzlerin Merkel wegen der höheren Zahlen von positiv Getesteten auch den verschlafenen deutschen Michel auf neue Corona-Härten eingestimmt, wenn er nicht brav die Hygiene-Anordnungen und die Demonstrationsverbote befolgt.

Bei all der neuen Aufregung trifft die Ärztekammer von Oberösterreich den Nagel auf den Kopf, wenn sie von einem »technischem Labor-Tsunami« spricht. Im Gespräch mit dem Regionalzeitungsverbund *tips.at* erklärte der Präsident der oberösterreichischen Ärztekammer Peter Niedermoser, die steigenden Corona-Infektionszahlen seien kein Grund zur Panik. Covid-19 sei zwar eine gefährliche Krankheit, die man nicht bagatellisieren sollte, aber es gäbe keine zweite Welle, denn die deutlich höheren Zahlen seien bedingt durch die erheblich höhere Zahl an Tests. Außerdem dürfe man in Anbetracht generell höherer Virenaktivitäten im Herbst auch die anderen Krankheiten wie Influenza nicht aus dem Auge verlieren.

Ein Kollege von Niedermoser, der Facharzt für Klinische Mikrobiologie und Hygiene, Franz Allerberger, der Abteilungsleiter für »Öffentliche Gesundheit« der österreichischen Ernährungsagentur AGES ist, sagte gegenüber *tips.at*, dass er bei Corona von einer etwa doppelt so hohen Mortalität wie bei einer saisonalen Grippe ausgeht. Aber damit liege die Erkrankung immer noch deutlich unter der Gefährlichkeit von SARS oder MERS.

SARS trat auch in Europa in den Jahren 2002 bis 2003 auf und MERS im Jahr 2012. Beide kommen aus der Familie der Corona-Viren. Die Anfang des Jahres gegen besseres Wissen gestreute Nachricht, dass es sich bei Corona um einen völlig unbekannten Virus handelt, gegen den unser Immunsystem nicht gewappnet sei, gehörte ebenfalls zu den eingesetzten Instrumenten der Panikmache, um die Gesellschaft für die sich damals bereits abzeichnende, neue Finanzkrise gefügig zu machen. Darüber mehr weiter unten.

Der inzwischen global verwendete, vom deutschen Charité-Virologen Christian Drosten zur Corona-Identifikation durchgesetzte PCR-Test identifiziert extrem kleine Partikel. Im Blut von Testpersonen zeigt er sogar Trümmerstücke von Coronaviren an, die das körpereigene Immunsystem bereits vor vielen Jahren eliminiert hatte. Die gefundenen Corona-Trümmerstücke weist der PCR-Test dann als Corona-positiv aus, was erklärt, warum viele angeblich infizierte Menschen keine Covid-19 Symptome zeigen und auch später nicht erkranken.

Laut dem Nobelpreisträger Kary B. Mullis, Erfinder der PCR-Test-Methode, ist der Test für medizinische Diagnosen ungeeignet, vor allem dann, wenn es darum geht, die Viruslast im Blut festzustellen. Mit der Viruslast ist die tatsächliche Anzahl von Viren im Blut gemeint, wovon die Wahrscheinlichkeit abhängt, ob die getestete Person krank wird oder nicht. Laut Mullis ist der derzeit überall benutzte quantitative PCR-Test ein Widerspruch in sich selbst.

Wörtlich sagte der Erfinder des Tests: »Quantitative PCR ist ein Oxymoron. PCR soll Stoffe qualitativ identifizieren und ist daher naturgemäß für die Schätzung von Zahlen ungeeignet. Auch ist fälschlicherweise die Meinung weit verbreitet, dass ein Virus-Last-Tests tatsächlich die Anzahl der Viren im Blut zählen kann.« Im Zusammenhang mit der Suche nach dem Auslöser von AIDS mit Hilfe von PCR-Tests führte Mullis seinerzeit aus: »Tatsächlich können diese PCR-Tests überhaupt keine freien, infektiösen Viren erkennen; sie können nur Proteine erkennen, von denen man glaubt, dass sie in einigen Fällen – fälschlicherweise – einzigartig für den HI-Virus sind. Die Tests können genetische Sequenzen von Viren erkennen, aber nicht Viren selbst«.

Dennoch hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 17. Januar 2020 Empfehlungen über den Nachweis des neuartigen Coronavirus mithilfe eines PCR-Tests veröffentlicht. Diese Empfehlungen gehen zurück auf ein Testprotokoll, das ein Team um den Berliner Virologen Christian Drosten im Januar 2020 entwickelt hat. Seither wird der Drosten-PCR-Corona-Test weltweit eingesetzt. In einem dem Autoren dieser Zeilen persönlich bekannten Fall kostetet ein Test 149 Euro. Es wäre interessant zu wissen, wer alles an dem PCR-Test wie viel verdient?

Derweil hat der Begleitchor in den Öffentlich-Rechtlichen und in den Konzernmedien bereits in das neue Horror-Musical von der Zweiten Corona-Welle eingestimmt. Die dunkle Warnung lautet, die zweite Welle könnte noch schlimmer sein als die erste. Und mit dieser Warnung könnten sie sogar Recht behalten, denn jetzt kommt der Winter und saisonal sterben dann bekanntlich mehr alte und kranke Menschen als in anderen Jahreszeiten. Da in den Zeiten von Corona niemand mehr an Grippe, an chronischen Lungenentzündungen oder an anderen Krankheiten stirbt, werden natürlich die Zahlen der an und mit Corona-Symptomen Verstorbenen weiter nach oben gehen.

Dass allerdings die Zahlen über Corona-Tote von Anfang an künstlich aufgebläht wurden, ist nicht neu. Zur Erinnerung sei hier meine *KenFM. deTagesdosis* vom 4. September dieses Jahres mit dem Titel: »Die totalitäre Neue Normalität« erwähnt, in der drei Untersuchungen aus den USA und Großbritannien vorgestellt wurden, die aufzeigen, wie die Statistiken über Corona-Erkrankungen und vor allem über Corona-Tote nach oben frisiert wurden. Das wird wahrscheinlich auch weiterhin so bleiben, denn in vielen Ländern hat der Staat falsche Anreize geschaffen. Denn für Corona-Behandlungen, und somit auch für Corona-Tote bekommen die Krankenhäuser über die staatlichen Corona-Hilfsfonds mehr Geld als für Patienten mit Grippe oder Lungenentzündung.

Hier nur zur Erinnerung einige kurze Passagen aus dem genannten Text:

Am 22. August 2020 berichtete *21stCenturyWire*, dass britische Gesundheitsbeamte dabei ertappt worden sind, wie sie auf dem Höhepunkt der »Pandemie« die Covid-19 Krankenhauszahlen in betrügerischer Absicht gefälscht und verdoppelt hatten. Ähnliche Enthüllungen über zweifelhafte Zahlen in den offiziellen Corona-Statistiken der Regierung hatte es schon früher gegeben. Bereits im Juli dieses Jahres musste der britische Gesundheitsminister Matt Hancock zugeben, dass Daten von der »Öffentlichen Gesundheitsbehörde England« über Corona-Todesfälle gefälscht wurden.

GEFÄLSCHTE TODESZAHLEN

Diese falschen Statistiken haben entscheidend dazu beigetragen, den *Lockdown* durchzusetzen, denn der Öffentlichkeit wurde der falsche Eindruck vermittelt, dass es mehr Covid-19-Tote gab, als tatsächlich an Covid-19 gestorben waren. Die Wirkung der – wider besseres Wissen – von Medien und Politikern geschürten Corona-Hysterie auf die verängstigte Bevölkerung lässt eine Umfrage vom Juli dieses Jahres erahnen. Die Briten waren offensichtlich derart manipuliert, dass sie glaubten, mit einer der Pest ähnlichen Pandemie zutun zu haben. Denn die Umfrage ergab, dass sie der Meinung waren, dass sieben Prozent der britischen Bevölkerung, also fünf Millionen Menschen bereits durch COVID-19 getötet worden waren.

Derweil hat in den USA die politische Instrumentalisierung der Deutungshoheit über den Corona-Virus im Präsidentschaftswahlkampf geradezu groteske Züge angenommen. Das erklärt auch die große Aufregung um die Veröffentlichung der Covid-19 Sterblichkeitsdaten durch das »Nationale Zentrum für Gesundheitsstatistik« (National Center for Health Statistics, NCHS) der USA am 26. August dieses Jahres. Das NCHS gehört zum US-Zentrum für Seuchenkontrolle, das ähnliche Funktionen erfüllt, wie das Robert-Koch-Institut in Deutschland.

In dem Bericht des NCHS heißt es, dass nur bei sechs Prozent der als Covid-19 deklarierten Todesfälle der Corona-Virus die einzige genannte Ursache war. Bei den übrigen 94 Prozent der als Covid-19 registrierten Todesfälle gab es im Durchschnitt 2,6 zusätzliche schwere Erkrankungen wie chronische Lungenerkrankungen, schwerer Bluthochdruck, und vor allem Grippeerkrankungen, die neben Corona den Tod verursacht hatten. Von den offiziell ausgewiesenen 200.000 Covid-19-Toten in den USA sind also nur sechs Prozent, das heißt 12.000 Menschen, ausschließlich an Corona verstorben. Bei dem großen Rest von 188.000 der Toten, die offiziell ebenfalls als Corona-Tote gezählt werden, wurden im Durchschnitt zwei bis drei andere, lebensgefährliche Krankheiten zusätzlich festgestellt.

Ob und wieviele von den 188.000 Menschen nun tatsächlich an Corona gestorben oder an den anderen schweren Krankheiten gestorben sind, weiß niemand. Sie waren lediglich positiv auf Corona getestet worden. Aber wie wir bereits wissen, können die benutzen

PCR-Tests keine Auskunft darüber geben, ob im Blut der Patient nur noch Corona Trümmer gefunden wurden, oder ob die Corona-Virenlast auf eine leichte oder schwere Infektion hinwies.

Im Gegensatz zu den aktuell wieder kursierenden Schreckensnachrichten über immer neue Rekordzahlen von positiven PCR-Tests, zeigen die jüngst vom *US-Center for Disease Control* (CDC) veröffentlichten Daten, dass seit März dieses Jahres die Tödlichkeit von Covid-19 zurück gegangen ist. Im März hatte nämlich der gute Dr. Anthony Fauci, der amerikanische Dr. Drosten, die Corona-Sterblichkeitsrate auf zwei Prozent geschätzt, während die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit 3,4 Prozent noch mehr Panik geschürt hatte.

Eine Sterberate von zwei Prozent hätte einen Toten auf 50 Infizierte bedeutet und eine Sterberate von 3,4 Prozent einen Toten pro 29,4 Infizierten. Das liegt meilenweit über den aktuellen Zahlen des CDC, die auf Basis der tatsächlichen Entwicklung von Covid-19 erstellt wurden und auf der Webseite des CDC veröffentlicht sind.

Die neue Schätzung des CDC ist zum ersten Mal auch nach Altersgruppen aufgeschlüsselt. Demnach ist in den USA die Wahrscheinlichkeit, nach einer Infektion mit dem Coronavirus zu sterben wie folgt:

- Bei 0 bis 19 Jahren stirbt 1 von 34.000 Infizierten;
- Im Alter von 20 bis 49 Jahren stirbt 1 von 5.000 Infizierten;
- Im Alter von 50 bis 69 Jahre stirbt 1 von 200 Infizierten;
- und im Alter ab 70 Jahren stirbt 1 von 20 Infizierten

Auf Basis der gleichen Zahlen sind nach einer Ansteckung die Überlebenschancen wie folgt:

Altersgruppe (Jahre)	Überlebenswahrscheinlichkeit
0 – 19	99.997%
20 – 49	99.98%
50 – 69	99.5%
70+	94.6%

Allerdings sollte hier festgehalten werden, dass die Schreckenszahlen von Dr. Fauci und der WHO eine umfangreiche Berichterstattung in der Presse und einen entsprechenden Widerhall bei den Politikern erfahren haben. An den neuen, weitaus weniger dramatischen Zahlen, scheinen die Herrschaften jedoch nicht interessiert. Warum? Weil Angst und Panik der Bevölkerung für das, was kommt, weiterhin notwendig sind?

Warum hält sich auch in den USA hartnäckig die Mär vom Killervirus Corona, der dort bereits 200.000 Tote dahingerafft habe. Parteiübergreifend wird diese Panik- und Angstmache von interessierten Stellen nicht nur in den USA, sondern auch hierzulande weiterhin mit großem Aufwand gepflegt. Denn wer Angst hat und gar in Panik versetzt ist, der hört auf, klar zu denken, wodurch die Gesellschaft als Ganzes leichter in die Unterwürfigkeit manipuliert werden kann. Aktuell ist Letzteres für die herrschenden Eliten mehr denn je das Gebot der Stunde. Und hier folgt eine Erklärung, warum das so ist:

Nach der letzten großen Banken-, Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise vor inzwischen über 10 Jahren ist das marode System weder in den USA noch in Europa saniert worden. Stattdessen hat man den Tag der Abrechnung durch noch mehr Schuldenmachen, noch mehr Gelddrucken und noch mehr riskante Spekulationsgeschäfte mit immer neuen Tricks von Jahr zu Jahr hinausgeschoben. Dabei wurde die Stabilität der Fundamente, auf denen die neoliberale, westliche Wirtschaft und ihr Gesellschaftssystem ruht, immer weiter ausgehöhlt.

Egal ob in den USA oder in der EU, allen Akteuren in diesem riskanten Zockerspiel am Rande des Abgrunds war klar, dass im Fall einer neuen Banken- und Finanzkrise die Bevölkerung eine weitere Rettung der Bankster und Finanzkasinos auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr akzeptieren würde. Dessen war sich auch die herrschende Klasse und die von ihnen gekauften und bezahlten Eliten seit langem bewusst. Eine neue Finanzkrise würde für sie und ihre geschäftsführenden Minister und Ministerpräsidenten unberechenbar gefährliche politische Folgen haben. Und tatsächlich, eine solche Krise zeichnete sich bereits im Frühjahr 2019 ab. Sie konnte dann etwas aufgehalten werden, nur um sich im Herbst 2019 weiter zuzuspitzen, um dann in den ersten zwei Monaten des Jahres 2020 kurz vor dem Kollaps zu stehen.

IM DRITTEN QUARTAL 2019 PLATZTE DIE GRÖSSTE FINANZBLASE

Anfang Januar 2019 begannen sich wieder dunkle Wolken über dem US-Finanzmarkt zusammenzuziehen, wodurch auch die Märkte der westlichen Welt, die von New York abhängig sind, unmittelbar bedroht waren. Nachdem die US-Zentralbank Fed noch wenige Monate zuvor schwadroniert hatte, sie wolle ihre Niedrigzinspolitik beenden, machte sie am 4. Januar 2019 unter dem Eindruck der scharfen Einbrüche an den Börsen wieder eine Kehrtwende — zurück zu noch tieferen Zinsen knapp über Null. Damit sollte die Baisse an den Wertpapierbörsen gestoppt werden, die drohte, die US-Kreditmärkte ins Chaos zu stürzen. Im März 2019 liefen die Gelddruckmaschinen der Fed schon wieder auf Hochtouren.

Auch im August und September 2019 wurden die Marktrettungsoperationen fortgesetzt. Die Fed senkte ihre Zinsen im August zum zweiten Mal für das Jahr, und die Europäische Zentralbank in Frankfurt drückte die Zinsen weiter ins Minus und startete im September 2019 ein neues QE-Programm zur Flutung der Finanzmärkte mit zinsfreiem Geld. So konnte die Fed und die Notenbanker der anderen westlichen Länder die Krise auf Mitte September 2019 hinausschieben. Dann begannen die Probleme in den Repo-Märkten.

Am 16. September 2019 verstopften sich die Repo-Märkte wieder und die Fed begann zum ersten Mal seit 2009 erneut mit ihren Notfall-Repo-Operationen. Zuerst wurden über Nacht 60 Milliarden über Repo-Operationen in das Bankensystem gesteckt, um zu verhindern, dass am nächsten Morgen irgendwelche Banken zahlungsunfähig waren. Seitens der Fed hieß es damals, dass dies eine einmalige Aktion gewesen sei. Aber schon in den folgenden Wochen wurden die nächtlichen Notfall-Repo-Operationen zur Regel, und zwar mit immer höheren Beträgen; von bis zu 180 Milliarden in manchen Dezembernächten des ausgehenden Jahres 2019.

Laut dem finnischen Finanzexperten Tuomas Malinen hätte »ohne diese Marktrettungsoperationen die globale Finanzkrise wahrscheinlich schon im Januar 2019 mit dem Sturz der US-Kreditmärkte begonnen«. So wurde sie erneut hinausgeschoben und der globale Zusammenbruch wurde schließlich im Frühjahr 2020 erwartet.

Tatsächlich wurde die Situation im Januar und Februar immer verzweifelter. Aber da war bereits die Rettung in Form von Corona in Sicht. Für die herrschenden Eliten und die Finanzmärkte war Corona ein Geschenk des Himmels, von dem nun Geld wie Mana regnete. Corona überdeckte erfolgreich alle Ursachen der neuen Finanz- und Wirtschaftskrise und die herrschenden Eliten brauchten nicht mehr nach Erklärungen und Rechtfertigungen zu suchen, um mit Steuergeldern absurd-gigantische Summen in die Wirtschaft und Finanzmärkte zu pumpen, um Löcher zu stopfen, die auf Grund ihrer langjährigen Fehler entstanden waren.

Am Montag, den 16. März 2020, kündigte die New Yorker Fed an, den Repo-Markt mit Übernachtkrediten von 500 Milliarden Dollar zu stützen. Am Dienstag kündigte die Fed an, dass sie eine Billion Dollar verwenden werde, um Schuldscheine von privaten Unternehmen von den Emittenten aufzukaufen. Dann kündigte die Fed an, eine Kreditfazilität zu schaffen, um eingefrorene Geldmarktfonds wieder liquide zu machen. So hatte die Fed nach und nach die Funktionen der US-Finanzmärkte übernommen und im Juni 2020 war die Fed faktisch zur Herz-Lungenmaschine der kaputten US-Finanzmärkte geworden.

Dank Corona konnten die sonst so knauserigen Regierungen plötzlich im Schnellverfahren Billionen von Dollar und Euros auf Kosten des gemeinen Volkes in die Wirtschaft und Finanzmärkte pumpen, während große Teile des Volkes ob dieser Fürsorge der Eliten für ihre Arbeitsplätze sogar noch glücklich waren. Kaum jemand dachte daran, zu hinterfragen, wer letztlich für all das bezahlen muss, entweder durch Inflation oder höhere Steuern oder weniger Sozialausgaben oder letztlich durch einen verheerenden Kollaps der Wirtschaft.

Dank des Corona-Wunders ist weder das marode, neo-liberale Wirtschaftssystem, noch die korrupte Politik samt Bankster und Finanzkasinos für die erneute Finanzkrise verantwortlich. Die herrschende Klasse und ihre Eliten waschen sich die Hände in Unschuld. Und weil die Finanz- und Gesellschaftskrise noch lange nicht vorbei ist, muss auch der Corona-Virus weiterhin hochgefährlich bleiben. Denn die Angst lähmt weiterhin große Teile der Bevölkerung und die Gruppen aufmüpfiger Bürgerinnen und Bürger kann man durch Corona-Hygiene Maßnahmen in Form von Demonstrations- und Versammlungsverboten in Schach halten. Und dabei können die Herrschenden auch noch auf die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung setzen, die sie mit Hilfe willfähriger »Qualitätsmedien« erfolgreich gegen die Andersdenkenden aufgehetzt haben.

Rainer Rupp ist freier Journalist und studierter Ökonom. Als West-1968er arbeitete er während des sogenannten Kalten Krieges als Spion für die DDR. Dieser Text erschien erstmals auf dem renommierten Journalistenportal kenfm.de am 2. Oktober 2020.



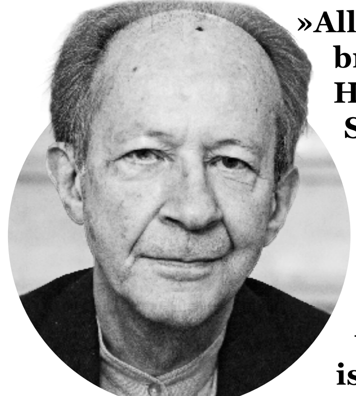
REFLEKTIERT, HUMORVOLL, ENTSCHLOSSEN

Immer noch glauben viele Menschen, dass es sich bei den Corona-Maßnahmen um eine menschenfreundliche Kampagne der Parteien CDU/CSU und SPD handele, da angeblich »einmal nicht die Wirtschaftinteressen im Vordergrund stehen«. Doch auch in den Industrienationen zeigt sich die Ideologie der Regierung, wie diese Demokratin bei der Demonstration vor dem Brandenburger Tor am 18. November 2020 darlegt.

Foto: Hannes Henkelmann (driediger.de)

WENN DAS HAUS BRENNT

IN ZEITEN, IN DENEN DIE UNS VERTRAUTE WELT STIRBT, HABEN WIR DIE CHANCE, NOCH AUFRICHTIGER ZU LEBEN. VON GIORGIO AGAMBEN



»Alles, was ich tue, hat keinen Sinn, wenn das Haus brennt.« Und doch muss man gerade, wenn das Haus brennt, fortfahren wie immer, alles mit Sorgfalt und Exaktheit tun, vielleicht sogar noch gewissenhafter — auch wenn niemand es bemerken sollte. Es könnte sein, dass das Leben von der Erde verschwindet, dass keine Erinnerung bleibt an das, was getan wurde, im Guten wie im Schlechten. Aber du mache weiter wie zuvor, es ist zu spät, etwas zu ändern, es ist keine Zeit mehr.

»Das, was um dich geschieht / geht dich nichts mehr an.« Wie die Geografie eines Landes, das du für immer verlassen musst. In welcher Weise betrifft es dich noch? Gerade jetzt, da es nicht mehr deine Angelegenheit ist, da alles zu Ende zu sein scheint und jedes Ding und jeder Ort in seiner wahrhaftigsten Form erscheint, gehen sie dir in gewisser Weise näher — so, wie sie sind: Glanz und Elend.

Die Philosophie, eine tote Sprache.

»Die Sprache der Poeten ist immer eine tote Sprache (...) begierig sich auszusprechen: eine tote Sprache, die gebraucht wird, um dem Denken mehr Leben einzuhauchen.«

Vielleicht keine tote Sprache, sondern ein Dialekt. Dass Philosophie und Poesie in einer Sprache sprechen, die weniger ist als Sprache, bestimmt das Maß ihres Ranges, ihrer besonderen Vitalität. Die Welt wiegen, beurteilen, indem man sie an einem Dialekt misst, an einer toten und doch auferstandenen Sprache, an der es kein einziges Komma zu ändern gibt. Fahre fort, diesen Dialekt zu sprechen, nun, da das Haus brennt.

Welches Haus brennt? Das Land, in dem du lebst, oder Europa oder die ganze Welt? Vielleicht sind die Häuser, die Städte schon niedergebrannt, wir wissen nicht, seit wann, in einem einzigen immensen Brand, den wir nicht zu sehen vorgaben. Von einigen bleiben nur Mauerstücke, eine mit Fresken bemalte Wand, ein Stückchen des Daches, Namen, viele Namen, schon angebrannt. Und doch bedecken wir sie so akkurat mit weißem Putz und verlogenen Worten, sodass sie intakt erscheinen. Wir leben in Häusern, in Städten, die von oben bis unten verbrannt sind, als ständen sie noch. Die Leute täuschen vor, dort zu leben, und treten maskiert hinaus auf die Straße zwischen die Ruinen, als wären es noch die vertrauten Viertel von einst.

Und nun hat die Flamme ihre Form und Natur verändert, ist eine digital, unsichtbar und kalt geworden, aber gerade deshalb ist sie näher, umgibt uns immer und überall.

Dass eine Zivilisation — eine Barbarei — untergeht, um sich nie wieder zu erheben, ist schon geschehen und die Historiker sind es gewohnt, Zäsuren und Schiffbrüche zu markieren und zu datieren. Aber wie soll man Zeugnis ablegen von einer zugrunde gehenden Welt mit verbundenen Augen und bedecktem Gesicht, von einer Republik, die ohne Klarheit und Stolz in Ablehnung und voller Angst zerfällt? Die Blindheit ist umso verzweifelter, als die Schiffbrüchigen vorgeben, den eigenen Schiffbruch zu beherrschen, schwören, man könne alles technisch unter Kontrolle halten, dass es weder eines neuen Gottes noch eines neuen Himmels bedürfe — nur der Verbote, der Experten und der Ärzte. Panik und Gaunereien.

Was wäre ein Gott, zu dem man nicht betete und dem man nicht opferte? Und was wäre ein Gesetz, das weder Befehl noch Exekution kennt? Und was ein Wort, das weder bezeichnet noch befiehlt, sondern tatsächlich am Anfang steht — sogar davor?

Eine Kultur, die fühlt, am Ende zu sein, ohne jedes Leben, versucht so gut sie kann, ihren Ruin durch einen permanenten Ausnahmezustand zu beherrschen. Die totale Mobilisierung, in der (Ernst) Jünger das wesentliche Charakteristikum unserer Zeit sah, tritt aus dieser Perspektive in den Blick. Die Menschen müssen mobilisiert werden, müssen sich jederzeit im Notstand fühlen, reguliert in seinen kleinsten Einzelheiten von denen, die die Entscheidungsmacht haben. Aber während die Mobilisierung in der Vergangenheit den Zweck hatte, die Menschen einander näherzubringen, zielt sie heute darauf, sie voneinander zu isolieren und zu distanzieren.

Seit wann das Haus brennt? Seit wann ist es niedergebrannt? Vor einem Jahrhundert, zwischen 1914 und 1918, ist in Europa etwas geschehen, das all das in die Flammen und in den Wahnsinn stieß, was ganz und lebendig geblieben schien; dreißig Jahre später loderte dann der Brand erneut überall auf und seit damals hat er nicht mehr aufgehört zu brennen, ohne Pause, kaum sichtbar unter der Asche. Aber vielleicht hat der Brand schon viel früher begonnen, als sich der blinde Drang der Menschheit zu Heil und Fortschritt mit der Macht des Feuers und der Maschinen verband.

All das ist bekannt und man muss es nicht wiederholen. Vielmehr sollten wir uns lieber fragen, wie wir weiterleben und -denken konnten, während alles brannte, was auf irgendeine Weise inmitten des Brandes oder an seinen Rändern ganz blieb. Wie gelang es uns, umgeben von Flammen zu atmen, was haben wir verloren, an welches Relikt — oder an welchen Schwindel — haben wir uns geklammert?

Und nun, da es keine Flammen mehr gibt, sondern nur noch Zahlen, Ziffern und Lügen, sind wir gewiss schwächer und einsamer, aber ohne mögliche Kompromisse, klarsichtig wie nie zuvor.

Wenn nur im brennenden Haus das grundlegende architektonische Problem sichtbar wird, dann kannst du es nun sehen, da die Sache des Westens auf dem Spiel steht, was dieser um jeden Preis zu erlangen versuchte und warum dies nur scheitern konnte.

Und als versuche die Macht um jeden Preis, das nackte Leben zu fassen zu kriegen, das sie hervorgebracht hat, und das ihr doch nur entwischen konnte, so sehr sie auch versuchte, seiner mit allen möglichen Mitteln habhaft zu werden und es zu kontrollieren, nicht mehr nur mit polizeilichen, sondern auch mit medizinischen und technologischen, kann es ihr nur entkommen, weil es per Definition unfassbar ist. Das nackte Leben regieren zu wollen, ist der Wahnsinn unserer Zeit. Auf ihre reine biologische Existenz reduzierte Menschen sind nicht mehr menschlich, die Beherrschung von Menschen und die Beherrschung von Dingen fallen zusammen.

Das andere Haus, das ich niemals werde bewohnen können, welches aber mein wahres Haus ist, das andere Leben, das ich nicht gelebt habe, während ich glaubte, es zu leben, die andere Sprache, die ich Silbe für Silbe buchstabierte, ohne je dahin zu kommen, sie sprechen zu können — so sehr mein, dass ich sie nie werde haben können ...

Wenn Gedanke und Sprache sich trennen, glauben wir sprechen zu können und vergessen dabei, was man gesagt hat. Poesie und Philosophie vergessen nicht, während sie etwas sagen, was sie sagen, sie erinnern sich der Sprache. Wenn wir uns der Sprache erinnern, wenn wir nicht vergessen, dass wir sprechen können, dann sind wir freier, dann üben die Dinge und die Regeln keinen Zwang aus. Die Sprache ist kein Werkzeug, sie ist unser Antlitz, die Offenheit unseres Daseins.

Das Antlitz ist das im höchsten Maße Menschliche, der Mensch hat ein Antlitz und nicht nur eine Maul oder ein Gesicht, denn er haust in der Offenheit, denn in seinem Antlitz zeigt er sich und kommuniziert er. Deshalb ist das Antlitz der Ort der Politik. Unser unpolitisches Zeitalter möchte sein Antlitz nicht sehen, hält es auf Distanz, maskiert und bedeckt es. Es sollen keine Antlitze mehr da sein, sondern nur Zahlen und Ziffern. Auch der Tyrann ist ohne Antlitz.

Sich lebendig fühlen: berührt sein von der eigenen Empfindsamkeit, in feiner Weise der eigenen Geste ausgeliefert zu sein, ohne sie willentlich auszuführen oder vermeiden zu können. Sich lebendig zu fühlen, ermöglicht mir das Leben, selbst wenn ich in einen Käfig eingeschlossen wäre. Und nichts ist so wirklich wie diese Möglichkeit.

In den kommenden Jahren wird es nur noch Mönche und Straftäter geben. Und doch ist es nicht möglich, sich davonzustehlen, zu glauben, sich aus den Trümmern der Welt befreien zu können, die um uns herum zusammengebrochen ist. Weil der Zusammenbruch uns betrifft und angeht, sind auch wir nur einer dieser Trümmer. Und wir werden behutsam lernen müssen, sie richtig zu nutzen, ohne dass es bemerkt wird.

Altern: »Nur in den Wurzeln wachsen, nicht mehr in den Zweigen«. Sich nur mehr in die Wurzeln vertiefen, ohne Blüten oder Blätter. Oder eher wie ein betrunkener Schmetterling über das Erlebte hinwegflattern. In der Vergangenheit gab es noch Blüten und Zweige. Aus ihnen kann man immer noch Honig ziehen.

Das Antlitz ist bei Gott, doch die Knochen sind atheistisch. Draußen drängt uns alles zu Gott; im Innern der hartnäckige, spöttische Atheismus des Skeletts.

Dass die Seele und der Leib untrennbar verbunden seien — das ist geistig. Der Geist ist nicht ein Drittes zwischen der Seele und dem Leib: Er ist bloß ihr wehrloses, wunderbares Zusammentreffen. Das biologische Leben ist eine Abstraktion, und es ist diese Abstraktion, die zu herrschen und zu heilen vorgibt.

Für uns allein kann es kein Heil geben: Es gibt Heil, weil es andere gibt. Und das nicht, weil ich aus moralischen Gründen zu ihrem Wohl handeln sollte. Einzig, weil ich nicht allein bin, gibt es Heil: Ich kann mich nur als einer unter vielen retten, als anderer unter anderen. Alleine — das ist die spezifische Wahrheit der Einsamkeit — bedarf ich keines Heils, bin ich eigentlich wirklich unrettbar. Das Heil ist die Dimension, die sich eröffnet, weil ich nicht allein bin, weil es Pluralität und Vielfalt gibt.

Gott hat, indem er Fleisch wurde, aufgehört einzig zu sein; er ist ein Mensch unter vielen geworden. Deswegen musste sich das Christentum an die Geschichte binden und seinem Schicksal bis zum Ende folgen — und wenn die Geschichte, wie es heute zu geschehen scheint, zu Ende geht und verfällt, nähert sich auch das Christentum seinem Untergang. Sein unüberwindlicher Widerspruch ist, in der Geschichte und

durch die Geschichte ein Heil jenseits der Geschichte zu suchen, und wenn die Geschichte endet, fehlt ihm der Grund unter den Füßen. Die Kirche war in Wahrheit nicht dem Heil verbunden, sondern der Heilsgeschichte, und da sie das Heil durch die Geschichte suchte, konnte sie nur in der Heilung enden. Und als der Moment gekommen war, hat es nicht gezögert, das Heil der Heilung zu opfern.

Das Heil muss aus seinem historischen Kontext befreit werden, eine ahistorische Pluralität finden, eine Pluralität als Ausweg aus der Geschichte.

Einen Ausweg nehmen von einem Ort aus oder aus einer Situation, ohne andere Gebiete zu betreten, eine Identität und einen Namen aufgeben, ohne andere anzunehmen.

Zur Gegenwart kann man nur zurückkehren, während man gradlinig in der Vergangenheit fortschreitet. Das, was wir vergangen nennen, ist nichts als unsere lange Rückkehr in die Gegenwart. Die Trennung von unserer Vergangenheit ist die erste Kraftressource.

Was uns von der Last befreit, ist der Atem. Im Atem haben wir kein Gewicht mehr, wir werden wie im Flug jenseits der Schwerkraft getragen.

Wir müssen von Grund auf neu zu urteilen lernen, aber mit einem Urteil, das weder straft noch belohnt, weder freispricht noch verdammt. Ein Akt ohne Zweck, der jeder immer schon ungerechten und falschen Finalität die Existenz nimmt. Nur eine Unterbrechung, nur ein Moment in der Schwebe zwischen Zeit und Ewigkeit, in welchem das Bild eines Lebens ohne Ziele und Pläne, ohne Namen oder Erinnerung aufblitzt — deswegen erlöst er nicht in der Ewigkeit, aber in einer »Art von Ewigkeit«. Ein Urteil ohne zuvor festgelegte Kriterien und genau dadurch politisch, dass es das Leben zu seiner Natürlichkeit zurückbringt.

Fühlen und sich fühlen, Empfindung und Selbstliebe gehen miteinander einher. In jeder Empfindung ist ein Fühlen des Sich-Fühlens, in jeder Empfindung seiner Selbst ein Fühlen anderer, eine Freundschaft und ein Antlitz.

Die Wirklichkeit ist der Schleier, durch den wir das Mögliche wahrnehmen, das, was wir tun können, und das, was wir nicht tun können.

Es ist nicht einfach, zu erkennen, welche unserer kindlichen Wünsche erfüllt wurden. Und vor allem, ob der Teil des Erfüllten, der an das Unerfüllbare grenzt, ausreicht, um unser Einverständnis mit dem Fortleben zu erwirken. Man hat Angst vor dem Tod, weil der Anteil unerfüllter Wünsche übermäßig gewachsen ist.

»Die Büffel und die Pferde haben vier Beine: Das ist es, was ich den Himmel nenne. Dem Pferd das Halfter anlegen, dem Büffel die Nase durchstechen: Das ist es, was ich menschlich nenne. Deshalb sage ich: Gib Acht, dass das Menschliche nicht den Himmel in dir zerstört, gib Acht, dass das Absichtsvolle nicht das Himmlische zerstört.«

Bleibt die Sprache im brennenden Haus. Nicht die Sprache, sondern die der Erinnerung unzugänglichen, prähistorischen, schwachen Kräfte, die sie bewachen und an sie erinnern, die Philosophie und die Poesie. Und was an der Sprache bewachen sie, an welchen Teil erinnern sie? Nicht diese oder jene bedeutsame Aussage, nicht diesen oder jenen Gegenstand des Glaubens oder Unglaubens. Eher an das Faktum selbst, dass es da Sprache gibt, dass wir ohne Namen im Namen offen sind und in dieser Offenheit, in einer Geste, in einem Antlitz sind wir unkenntlich und exponiert.
Die Poesie, das Wort ist das Einzige, was uns geblieben ist von damals, als wir noch nicht sprechen konnten, ein dunkler Gesang innerhalb der Sprache, ein Dialekt oder eine Sprache, die vollständig zu verstehen uns nicht gelingt, doch wir können nicht anders, als zuzuhören — auch wenn das Haus brennt, auch wenn die Menschen in ihrer brennenden Sprache fortfahren werden, Unsinn zu reden.

Aber gibt es eine Sprache der Philosophie, wie es eine Sprache der Poesie gibt? Wie die Poesie haust die Philosophie vollständig in der Sprache und nur die Art dieses Verweilens unterscheidet sie von der Poesie. Zwei Spannungen im Bereich der Sprache, die sich an einem Punkt überschneiden und sich dann unerbittlich trennen. Und wer immer ein rechtes Wort sagt, ein einfaches, frisches Wort, verbleibt in dieser Spannung.

Der, der bemerkt, dass das Haus brennt, kann den Drang empfinden, seine Mitmenschen, die es nicht zu bemerken scheinen, mit Verachtung und Geringschätzung zu betrachten. Doch wirst du nicht gerade diesen Menschen, die nicht die Lemuren (Anmerkung des Übersetzers: Geister der Verstorbenen) sehen oder bedenken, am Jüngsten Tag Rechenschaft geben müssen? Zu bemerken, dass das Haus brennt, erhebt dich nicht über die anderen: Im Gegenteil wirst du mit ihnen einen letzten Blick wechseln müssen, wenn sich die Flammen nähern. Was wirst du vorbringen können, um gegenüber diesen Menschen, so unbewusst, dass sie fast unschuldig wirken, deine anmaßendes Gewissen zu rechtfertigen?

Fahre fort, im brennenden Haus das zu tun, was du zuvor getan hast — aber du kannst nicht das übersehen, was die Flammen nackt vor dich hinstellen. Etwas hat sich verändert, nicht in dem, was du tust, aber in der Art, wie du es in der Welt geschehen lässt. Ein Gedicht, verfasst im brennenden Haus, ist gerechter und wahrer, weil niemand es wird hören können, denn nichts garantiert, dass es den Flammen entkommen wird. Aber wenn es durch einen Zufall einen Leser findet, dann wird dieser sich in keiner Weise dem Anruf entziehen können, der ihn mit dieser hilflosen, unerklärlichen, gedämpften Stimme ruft.

Die Wahrheit kann nur der sagen, der keinerlei Aussicht hat, erhört zu werden, nur der, der aus einem Haus spricht, das die Flammen um ihn herum unerbittlich zu verzehren.

Der Mensch verschwindet heute, wie ein Antlitz aus Sand am Strand weggewaschen wird. Das aber, was an seine Stelle tritt, hat keine Welt mehr, es ist nur nacktes Leben, stumm und ohne Geschichte, den Kalkülen der Macht und der Wissenschaft ausgeliefert. Vielleicht kann nur aus dieser Zerstörung eines Tages allmählich oder mit einem Mal etwas Neues erscheinen — gewiss kein Gott, aber auch kein anderer Mensch — ein neues Tier vielleicht, eine in anderer Weise lebende Seele...

Professor Giorgio Agamben ist von Beginn an Schutzpatron und Mitherausgeber dieser Zeitung. Agamben gilt als bedeutendster lebender Philosoph und Theoretiker des Ausnahmezustandes. Er lehrt in Paris, Zürich und Venedig. Der hier vorliegende Text erschien zuerst unter dem Titel »Quando la casa brucia« auf quodlibet.it. Die hier verwendete Übersetzung wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzerteam ins Deutsche gebracht (rubikon.news).



UNBEUGSAM, ZIVILISIERT, FRIEDFERTIG | Ein von den Wasserwerfern des Merkel-Regimes durchnässter Demonstrant der Demokratiebewegung am 18. November 2020 beim Brandenburger Tor. An jenem Tag hatte das Corona-Regime unter dem Titel des »Bevölkerungsschutzes« seine verfassungswidrige Machtausdehnung mit den Stimmen der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD unter williger Mithilfe der Bündnisgrünen an einem Tag durch Bundestag, Bundesrat und Bundespräsidialamt gejagt.

Bereits in den frühen Morgenstunden versammelten sich Demokratinnen und Demokraten in der Nähe des Bundestages, um ihre Missbilligung der Zerstörung demokratischer Prinzipien kundzutun und die Abstimmung noch zu Gunsten des Grundgesetzes zu verändern. Das Regime ließ dagegen den Bundestag hermetisch abschirmen. Die angemeldete Demonstration wurde von einer zur Inlandsmiliz degradierten Polizeitruppe mit zwei Wasserwerfern und Tränengas angegriffen. Über 15.000 Menschen wurden bei herbstlichen Temperaturen gesundheitlich beeinträchtigt, rund 300 Menschen in Gewahrsam genommen.

Foto: Hannes Henkelmann. Der Demokratische Widerstand weist auf das Fotobuch des Fotografen hin: Henkelmann legte kürzlich im Driediger-Verlag Georgsmarienhütte seinen Band »Zwei Tage in Berlin« vor (ISBN für den Buchhandel 9-783932-130632 oder driediger.de). Beim »Fest für Frieden und Freiheit« und der ersten großen Verfassungsgebenden Versammlung lichtete der Fotograf die sonnigsten Seiten der größten Demokratiebewegung der Geschichte ab.

DW N°31 ERSCHEINT ZUM 24. DEZEMBER 2020 (ABO),
WIRD ABER BEREITS AM 21. & 22. DEZEMBER AN DIE VERTEILER GELIEFERT.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 30. Ausgabe ab Samstag, 12. Dezember 2020. | Redaktionsschluss war am 10. Dezember, 9 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp (stlv.) **Chefin vom Dienst:** Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung Politik:** Ullrich Mies **Demokratiebewegung:** Samuel Gfrörer **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Chris Stein, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Redaktion:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Louise Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann. Johnny Rottweil, Aya Velázquez. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.